

# Holzarbeiter-Zeitung

## Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes

Erste Ausgabe am Samstag. Abonnementpreis Mk. 1.50 pro Vierteljahr. Zu beziehen durch alle Postanstalten. Für Verbandsmitglieder unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: C. Fr. Weinhardt, Stuttgart. Für die Expedition und den Anzeigenteil: Ed. Steinbrenner, Stuttgart. Redaktion und Expedition: Stuttgart, Adler-Strasse 43.

Inserate für die viergespalt. Petitzeile oder deren Raum 80 Pfg. Vergütungsanzeigen und Arbeitervermittlungen 30 Pfg. Versammlungsanzeigen 15 Pfg.

### Ein Ausnahmegesetz gegen die Gewerkschaften.

Eine der wichtigsten und für das künftige Versammlungsleben verhängnisvollsten Bestimmungen bildet der § 7 des Reichsvereinsgesetzesentwurfes. Er lautet:

„Die Verhandlungen in öffentlichen Versammlungen sind in deutscher Sprache zu führen. Ausnahmen sind mit Genehmigung der Landeszentralbehörde zulässig.“

Wir haben auf das Schädliche dieser Bestimmung bereits hingewiesen und möchten mit den folgenden Zeilen nochmals das eingehenden unseren Standpunkt zu diesem Paragraphen darlegen, der eine bedeutende Verschlechterung des geltenden Rechts bedeutet.

Dem in den bestehenden einzelstaatlichen Vereins- und Versammlungsgesetzen war ein Verbot des Gebrauchs einer außerdeutschen Sprache in öffentlichen Versammlungen nicht enthalten; in dem elsass-lothringischen Gesetz vom Jahre 1905 war sogar ausdrücklich für das französische Sprachgebiet der Mitgebrauch der französischen Sprache zugelassen worden. Unseres Wissens war es auch nur in Hamburg den polnischen Arbeitern dauernd unmöglich, in ihren Versammlungen sich ihrer Muttersprache zu bedienen, während ihnen das selbst in Preußen möglich war. Ebenso war es bisher in allen Einzelstaaten möglich, Neben in einer anderen als der deutschen Sprache zu halten, was die zahlreichen internationalen Arbeiterkongresse und die Versammlungen polnischer, italienischer, französischer, holländischer und dänischer Arbeiter beweisen. Das soll nun anders werden nach dem § 7 des Entwurfes des Reichsvereinsgesetzes.

Nach der Begründung der Vorlage sind die einzelstaatlichen Vereinsgesetze von Bestimmungen über den Gebrauch der deutschen Sprache deshalb freigeblieben, weil „diese Gesetze meist aus einer Zeit stammen, wo die einfacheren Verhältnisse des Verkehrs und der sonstigen Entwicklung Vorschriften auf diesem Gebiet entbehrlich erscheinen ließen. Nachdem aber in der Gegenwart Ergebnisse internationaler Überwanderung sowie bestimmte Bewegungen im Inland in einer dem nationalen Wesen nicht immer zuträglichen Weise in die Erscheinung getreten sind, liegt für die Behörden die Verpflichtung vor, solchen Vorgängen fortgesetzt ihre Aufmerksamkeit zuzuwenden.“

„Vorbehaltlich der zur Vermeidung von Härten zuzulassenden Ausnahmen darf und muß an die Spitze einer Regelung der Sprachenfrage der Grundsatz gestellt werden, daß gegenüber jedem Deutschen, der innerhalb des Reichsgebietes in öffentlicher Versammlung zu seinen reichsangehörigen Mitbürgern reden will, der Gebrauch der deutschen Sprache zu verlangen und als möglich voranzuführen ist. Hierdurch soll nicht etwa ein Ausnahmegesetz geschaffen, sondern lediglich der deutschen Sprache die ihr im nationalen Interesse zukommende Stellung durch ein für das ganze Reich und für alle seine Angehörigen geltendes Recht gewährleistet werden. Dieses um so mehr, als die fremde Sprache vielfach zum Deckmantel deutschfeindlicher Absonderungsbestrebungen dient.“

Die Absicht der reaktionären Macher dieses Gesetzes ist hier ziemlich unverblümt enthüllt worden. Die fremdsprachigen Arbeiter sollen durch diese Bestimmung getroffen werden; nicht anders ist es zu verstehen, wenn in der Begründung des § 7 ausdrücklich auf die Gefahren der Überwanderung für die Nation hingewiesen wird.

Es soll keineswegs verkannt werden, daß diese Überwanderung, das heißt die Heranziehung von Hunderttausenden ausländischer, billiger Arbeitskräfte, unter Umständen eine nationale Gefahr bedeutet; dem wird aber durch eine Verhinderung der öffentlichen Betätigung anderssprachiger Arbeiter im Sinne des § 7 der Vorlage sicher nicht entgegen gewirkt, im Gegenteil, diese Gefahr wird durch eine solche Gesetzesbestimmung nur erhöht. Denn gefährlich sind fremdsprachige Arbeiter dem Staatswohl nur so lange, als sie sich zu Streikbrechern und Lohnrückern gegen deutsche Arbeiter gebrauchen lassen, diese in ihrer Lebenshaltung, Leistungsfähigkeit und Widerstandskraft schädigen; von dem Augenblick an, wo fremdsprachige und Deutsche sprechende Arbeiter gemeinsame Sache machen zur Vertretung ihrer gemeinsamen Interessen den Unternehmern gegenüber, kann von einer Gefahr nichtdeutscher Arbeiter für den Volkkörper überhaupt keine Rede mehr sein. Zu einer Gefahr werden diese Arbeiter erst, wenn ihnen, wie es im § 7 der Vorlage geschieht, jede Vereins- und Versammlungsstätigkeit, jede Möglichkeit der Aufklärung, der Koalition wie der Einwirkung auf die Öffentlichkeit genommen wird. Aber gerade das scheint in der Absicht der reaktionären Macher dieses Gesetzes zu liegen.

Wie in der Presse mitgeteilt worden ist, haben zuerst rheinische und westfälische Großindustrielle die unbedingte Vorschrift der deutschen Sprache als Verhandlungssprache in öffentlichen Versammlungen verlangt und sich, um dies zu erreichen, an den Minister v. Rheinbaben gewandt, der in jenen Kreisen nahe verwandtschaftliche und auch geschäftliche Beziehungen habe. Es sei dem Minister denn auch gleich in der ersten Sitzung des preussischen Staatsministeriums, in der über den Entwurf beraten wurde, gelungen, diese Bestimmung hineinzubringen. Die „Rhein.-Westf. Ztg.“ habe dies auch sofort mitteilen können. Als Herr Wasser- mann in der Landesversammlung der württembergischen National Liberalen das Vorhandensein des Sprachenpara- graphen in dem Entwurfe mit einer gewissen Festigkeit in Abrede stellte, habe er keine Ahnung davon gehabt, daß wirklich inzwischen seine nachträgliche Einschlebung erfolgt war. Diese Lesart wird vom „Berl. Tageblatt“ bestätigt. Sie erweist nunmehr die Gründe, aus welchen einem Teile der Staatsbürger das Versammlungsrecht geraubt werden soll. Nicht aus Patriotismus, denn die großindustriellen Anreger des Paragraphen holen sich ihre Arbeiter aus 20 Ländern des Erdteils, wenn sie dieselben dort billiger als deutsche Arbeiter erhalten. Aber das Koalitionsrecht soll diesen fremden Lohnrückern hinterrücks genommen werden, indem man die gewerkschaftliche und politische Agitation unterbindet. Wir haben es in dem § 7 also mit einer ausgesprochen gewerkschaftsfeindlichen Bestimmung zu tun.

Die Sache klingt durchaus plausibel. Die Gruben- und Güttenbarone in Rheinland-Westfalen und Lothringen schleppen seit mehr denn einem Jahrzehnt polnische, russische, tschechische, kroatische, slowakische, italienische, belgische und holländische Arbeiter ins Land, um mit ihrer Hilfe die Lebenslage der deutschen Arbeiter zu drücken. Das ist ihnen zu einem guten Teil gelungen, dank der Invasion fremd- sprachiger Arbeiter in die Industriegebiete. Die organisierten Arbeiter haben diesem Bestreben der Scharfmacher von An- beginn an entschieden entgegen gewirkt. Nicht indem sie analog der Schutzpolitik der Agrarier und Großindus- triellen durch Einwirkung auf die Gesetzgebung die Grenzen gegen billige ausländische Arbeiter absperrten ließen, sondern durch aufklärende Agitation unter diesen Arbeiterkategorien im Sinne der gewerkschaftlichen Bewegung, Kehrlei-Milch und Kosten haben die Gewerkschaften gescheut, um die zu Lohn- rückern bestimmten fremdsprachigen Arbeiter zu sich emporzu- ziehen. Sie haben ihre Agitationschriften und Statuten in der Sprache jener Arbeitskräfte drucken lassen — und es gibt Gewerkschaften, welche Agitationschriften in französischer, flämischer, holländischer, dänischer, polnischer, russischer, tschechischer und kroatischer Sprache herausgeben und als möglich führen. Es haben sich auch in polnischer, italienischer und tschechischer Sprache herausgegeben und Beamte und Agitatoren angestellt, die des Polnischen, Itali- anischen und Französischen mächtig sind, um auf die zahl- reichen Arbeiter jener Sprache Einfluß zu erlangen. Das ist ihnen auch mit vielen Opfern und vieler Mühe gelungen, so daß die ausländischen Arbeitskollegen zu einem guten Teil in Reich und Glied mit uns kämpften. Gerade diese Agitations- und Organisationsarbeit unserer Gewerkschaften unter den ausländischen Arbeitern wollen die Scharfmacher und Re- aktionäre durch den § 7 des Reichsvereinsgesetzes unmöglich machen, weil durch sie den arbeitserhebenden Tendenzen der Überwanderung entgegen gewirkt wird.

Die Sache kann uns durchaus nicht gleichgültig lassen. Denn im lothringischen Industriebecken und im Ruhrgebiet sind die ausländischen Arbeiter so stark vertreten, daß ge- schäftliche und behördliche Bekanntmachungen wie Unfall- verhaltungsvorschriften sogar in französischer respektive pol- nischer und italienischer Sprache abgefaßt werden. Will man diese Rücksicht auf die fremdsprachigen Arbeiter auf dem Gebiet des Vereins- und Versammlungsrechtes nicht gelten lassen, verbietet man jenen Arbeitern jede öffentliche Betätigung, so ruft man einen Gegensatz zwischen aus- ländischen und deutschen Arbeitern hervor, der am wenigsten im Interesse des Volkswohles liegt. So macht man die fremdsprachigen Arbeiter zu willenlosen Werkzeugen der Scharfmacher. Deshalb auch das große Interesse der rheinisch- westfälischen Großindustriellen an dem § 7 des vorgeschlagenen Reichsvereinsgesetzes.

Es muß von den Gewerkschaften mit Nachdruck betont werden, daß ein Reichsvereinsgesetz, das mit einem Ver- sammlungsverbot für fremdsprachige Arbeiter belastet ist, für uns unannehmbar ist. Wir können keinem Gesetz zu- stimmen, das in der Wunde genommen nur ein Ausnahmegesetz gegen die gewerkschaftliche Bewegung ist. Diesem Gesetz zu- stimmen, hieße den Scharfmachern in die Hände arbeiten.

### Die „Friedensverhandlungen“ in Berlin.

Zwecks Verhandlung über den Neuabschluß der im nächsten Jahre ablaufenden Verträge im Holzgewerbe, von denen drei, in Stuttgart, Dsnabrück und Luckenwalde, von unseren Kollegen, einer, der Elberfelder, von den Unter- nehmern bereits gekündigt sind, die weiteren nach Auserungen der Unternehmer sowohl bei den Casseler wie bei den Ber- liner Verhandlungen von dem Arbeitgeberschutzverband noch gekündigt werden sollen, waren Arbeiter- und Unternehmer- vertreter aus den meisten der in Betracht kommenden Städte am 10. Dezember in Berlin zusammengekommen. Von den Unternehmern waren Vertreter erschienen aus Bremen, Bochum, Cassel, Chemnitz, Grefeld, Detmold, Dessau, Eisenach, Elberfeld, Elbing, Essen, Forst, Her- ford, Jena, Luckenwalde, Magdeburg, Neu- münster, Nordhausen, Dsnabrück, Posen, Pots- dam, Rostock, Sommerfeld, Wiesbaden, Zoppot, Star- gard, Hamburg, Dortmund, Stuttgart, Straßburg, Frank- furt a. M., Darmstadt, Breslau und Mülhausen i. Rh. Arbeitervertreter waren nur aus 21 Städten entsandt worden, darunter aus einigen Städten auch Vertreter des Christ- lichen Gewerkschaftsvereins und des Christlichen Holz- arbeiterverbandes. Ferner waren von diesen Organisationen wie von unserem Verband und vom Arbeitgeberschutzverband Vertreter der Vorstände und Bauvorstände erschienen. Die Ver- handlungen fanden im Bürgeraal des Berliner Rathauses statt.

Die Unternehmerpresse hatte schon vor den Verhandlungen sich viel mit der Konferenz als mit einer „Friedenskonferenz“ für das gesamte Holzgewerbe beschäftigt. Von der Friedens- liebe der Unternehmer war auf der Konferenz aber wenig zu verspüren. Im Gegenteil, die Unternehmer schlugen wieder recht scharfmacherische Töne an; der aufmerksame Beobachter mußte im vorhinein erkennen, daß es den Unter- nehmern um alles andere als um den Frieden zu tun sei. Und man kann jenen Kollegen nicht so unrecht geben, die behaupteten, das Ganze sei nur arrangiert, um unsere Kol- legen einzuschüchtern und nach außen hin wie den Unter- nehmern im speziellen zu demonstrieren, wie sehr sich der Schutzverband jetzt, in der Krise, als Herr der Situation fühle.

Diese eigenartige Friedensliebe der Unternehmer ist ja von unseren Führern recht treffend charakterisiert worden, wie in dem folgenden Bericht nachzulesen ist. Auch ist den Unternehmern drastisch zu Gemüte geführt worden, daß ihr Triumphieren in der Krise keinen Sinn hat, inwiefern sie sich durch Ausspernungen während der Krise mehr schädigen als die Arbeiter. Vernunftgründen waren die Unternehmer dies- mal aber weniger denn je zugänglich, und deshalb wurden von ihrer Seite die programmatischen Scharfmacherreden ge- halten, die alle mit dem Refrain endeten, „wir können und werden nichts bewilligen, werden die Arbeiter aber zum Abschluß eines gemeinsamen Vertrags nötigen, selbst wenn es zum Kampf kommt“. Es soll anerkannt werden, daß Herr Mahardt, untreutig der bedeutendste Kopf unter den Unternehmern, sich noch am entgegenkommendsten verhielt, während dagegen die Mietsch, Konietzke, Schmidt usw., wohl verabredetermaßen, recht kräftig ins Zeug gingen. Teilweise kam es infolge der Angriffe der Unternehmer zu geradezu stürmischen Auftritten. Das Ganze sah keineswegs wie eine Friedenskonferenz aus, wohl aber konnte man manche Rede der Unternehmer als eine Herausforderung an die Arbeiter betrachten.

Was die Unternehmer wollen, kann man nach dieser Konferenz deutlich genug erkennen, und Herr Siebel-Rüffel- dorff hat das auch im Privatgespräch unverblümt ausge- sprochen: Sie wollen uns dazu zwingen, die im Jahre 1908 ablaufenden Verträge ohne jede Verbesserung auf zwei Jahre weiter laufen zu lassen bis zum 12. Februar 1910, dem Ab- laufstermin der in diesem Frühjahr in Berlin abgeschlossenen Verträge. Nach diesem Plane der Unternehmer sollen unsere Kollegen also für zwei Jahre auf jede Verbesserung ver- zichten, und sie sollen zudem noch durch einen Vertrag „auf der ganzen Linie“ so schwer gefesselt werden, daß es ihnen auch 1910 geradezu unmöglich gemacht ist, Verbesse- rungen durchzusetzen. Darum handelt es sich also für die Unternehmer bei der nächstjährigen — Tarifbewegung. Es ist gut, das zu wissen, damit alle unsere Kollegen den Dingen, die da kommen sollen, gewappnet entgegensehen.

Die Verhandlungen wurden nach 10 Uhr morgens von dem Vorsitzenden des Gewerbegerichts Berlin, Magistrats- rat v. Schulz, mit einer Ansprache eröffnet. Es seien hier Vertreter von über 80 Städten zu friedlichem Werte zu- sammengekommen. Sein lebhafter Wunsch sei, daß man sich auch jetzt wieder einige wie in diesem Frühjahr.

Büreau der Zahlstelle: Göthe Straße - gegenüber dem - Friedrichsbad

Von den Kollegen wird unser Vorsitzender Karl Kloss, von den Arbeitgeberern der Vorsitzende des Arbeitgeberschutzverbandes Herr C. Nahardt in das Bureau der Versammlung berufen.

Unser Kollege Leipart, von Herrn v. Schulz aufgefordert, sich über die Wünsche der Arbeiter zu äußern, erklärt: Der Vorstand des Arbeitgeberschutzverbandes hat uns eingeladen und hat uns zu sagen, was er will. Wir haben zunächst keinerlei Wünsche zu äußern.

Herr Nahardt: Nicht wir haben Sie eingeladen, sondern die heutige Konferenz ist in Cassel gemeinsam von dem Arbeitgeberschutzverband und den Organisationen der Arbeiter vereinbart. Im übrigen: wer fordert, der muß sagen, was er will, und die von Ihnen in Cassel geäußerten Wünsche betreffend Verkürzung der Arbeitszeit bilden keine Basis für unsere heutigen Verhandlungen. Sie haben doch noch andere Wünsche, Ihr Speisefettel für Stuttgart beweist uns das. Also rücken Sie mit Ihren weiteren Forderungen heraus, damit wir klar sehen.

Kollege Becker: So liegen die Dinge nicht, wie Herr Nahardt es hinstellt. Wir haben Forderungen zunächst nur in einer Stadt gestellt, über Forderungen in anderen Städten sind wir uns noch gar nicht schlüssig geworden, da wir ja noch gar nicht wissen, ob und wie wir im nächsten Jahre vorgehen wollen. Die ganze Verhandlung, wie sie der Schutzverband hier vorgelesen hat, führt überhaupt zu keinem Ziele, und wenn wir 14 Tage hier sitzen. In Cassel war denn auch vereinbart, wieder wie im Frühjahr zu verhandeln, das heißt die Städte nach einander vorzunehmen; anders läßt sich die Sache auch nicht machen. Wir können hier lediglich über die künftige Festschließung der Arbeitszeit in den einzelnen Orten verhandeln, weil sich auf diesem Gebiete eine allgemeine Grundlage schaffen läßt.

Nahardt kann sich dem nicht anschließen. Jetzt sollte hier die Generaldebatte sein, um sich zu überzeugen, Sie zu belehren, daß Sie nicht mit dem Kopf durch die Wand, nicht so vorgehen können, wie Sie das vor Monaten mit Ihren Forderungen getan haben. Wir sind doch erfahren genug, um zu wissen, daß mit der Forderung der Verkürzung der Arbeitszeit auch stets erhebliche Lohnforderungen verknüpft sind, und diese sind für uns durchaus un diskutabel.

Kollege Leipart bestätigt das, was Kollege Becker in bezug auf Vereinbarungen betreffend die Verhandlungen gesagt hat. Auch die Unternehmer heißen sich belehren, weshalb sollten sie heute für eine Belehrung unzugänglich sein? In diesem Stadium der Verhandlungen ist es nicht möglich, auf Einzelheiten einzugehen, da die Einladungen an die Organisationsvertreter der verschiedenen Städte zum Teil sehr plötzlich kamen und die Organisation in mehreren Städten überhaupt nicht die Absicht hatte, zu kündigen. Wie sollen diese Kollegen jetzt in der Lage sein, hier Forderungen bekanntzugeben? Wir meinen überhaupt, daß die Kündigungsfrist, wonach die Verträge bei nicht erfolgter Kündigung um ein Jahr weiter laufen, doch nicht pro forma in den Verträgen steht, und daß man sich auch daran gewöhnen soll, eventuell nicht zu kündigen. Über die Verkürzung der Arbeitszeit läßt sich hier sehr wohl reden und dabei auf die Lohnfrage allgemein eingehen, ohne daß es notwendig ist, Einzelheiten hier vorzutragen. Sagen Sie, wie Sie sich die künftige Gestaltung der im nächsten Jahre ablaufenden Tarife denken, dann wollen wir weiter reden! Wenn Herr Nahardt über die Stuttgarter Forderungen sagt, daß diese exorbitant hoch seien, so nimmt das doch wunder. Haben Sie nicht immer hier in Berlin bei den Verhandlungen über die niedrigen Löhne und die Konkurrenz der Stuttgarter Möbelindustrie geklagt? Und mit Recht, denn in Stuttgart belief sich der Durchschnittslohn für Tischler im Jahre 1906 auf 26,10 Mk. pro Woche, während er zur gleichen Zeit betrug in Königsberg 26,05 Mk., Stettin 27,29 Mk., Berlin 34,08 Mk., Dresden 29,21 Mk., Leipzig 28,39 Mk., Braunschweig 27,46 Mk., Magdeburg 29,85 Mk., Bremen 31,61 Mk., Hamburg 35,39 Mk., Kiel 32,68 Mk., Düsseldorf 30,19 Mk., Köln 31,03 Mk., Göttingen 27,67 Mk., Mannheim 32,87 Mk., Nürnberg 31,79 Mk. Und da wollen Sie sagen, die Stuttgarter Forderungen sind zu hoch? Nein, meine Herren, in Stuttgart müssen Sie mehr machen als in anderen Städten, weil die dortigen Verhältnisse besonders ungünstig sind. Wenn es Sie beruhigt, so können wir Ihnen versichern, daß in den anderen Städten unsere Forderungen nicht ganz so hoch sein werden als in Stuttgart, was sich ja aus den angeführten Gründen zur Genüge erklärt.

Nahardt: Die Debatte sei ja nunmehr in Fluß gekommen, und es sei vielleicht angebracht, einige grundsätzliche Ausführungen zu machen. Die Arbeitgeber seien von dem dringenden Verlangen geleitet, aus der steigenden Beunruhigung des Gewerbes durch einen gemeinsamen Tarifvertrag für ganz Deutschland herauszukommen. Sie seien sich zwar klar, daß es nicht im Interesse der Arbeitnehmerorganisationen liege, die Arbeitgeber zur Ruhe kommen zu lassen (Widerpruch); denen wäre es am liebsten, wenn sie heute hier und morgen dort in den Streik treten könnten. (Zuruf: Das Gegenteil ist wahr.) Ganz anders sei die Lage des Arbeitgebersverbandes. Er suche die Erlösung seiner Mitglieder durch Frieden im Gewerbe zu sichern. Wenn diese Tatsache einmal festgestellt sei, und er stelle sie hiermit fest (Unterbrechungen seitens der Arbeiter: Damit steht sie noch lange nicht fest!), so könne man sich auch darüber unterhalten, ob die Arbeiter erkannt hätten, daß nun die Tischlermeister stark genug seien, um einen Tarifvertrag abzuschließen und auch seine Innehaltung von den Arbeitern zu erzwingen. Die Arbeiter seien ja viel früher aufgestanden als die Arbeitgeber und hätten ihre Kraft in der Uneinigkeit der Meister gefunden; aber diese Zeiten seien vorbei und es sei vielleicht für die Arbeiter gut, wenn sie sich für eine gewisse Zeit einen Waffenstillstand ausbedingen. Ein ewiger Friede werde es sowieso nicht sein. Von einer durchgehenden Verkürzung der Arbeitszeit könne aber keine Rede sein. Die Arbeitszeit im Tischlergewerbe betrage jetzt durchschnittlich in den meisten Städten 54 Stunden wöchentlich. Die Mehrzahl der bei Schutzverbandsmitgliedern beschäftigten Arbeiter arbeite nur 9 Stunden und weniger pro Tag. Hier seien Klagen über die Höhe der Arbeitszeit nicht berechtigt. Nur in zwei Städten, in Straßburg und Nordhausen werde 10 Stunden täglich gearbeitet, da werde sich über eine Arbeitszeitverkürzung wohl reden lassen, nicht aber in den

übrigen Orten. Denn die Holzindustrie marschiert in bezug auf Kürze der Arbeitszeit an der Spitze der Gewerbe. Redner befreit, daß die Unternehmer die Stuttgarter Löhne als zu niedrig bezeichnet hätten. „So dumm sind wir doch nicht, daß wir uns gegenseitig hier auspielen lassen, wir sind doch nicht so viel dummer als Sie, als daß solche Mittel bei uns ziehen könnten.“ Gehen wir von den Forderungen aus, wie sie uns von Ihnen in Cassel vorgelegt worden sind, so müssen wir Ihnen sagen: Wenn Sie eine Verständigung darin erblicken, daß Sie überall etwas abschneiden, so machen wir nicht mit. Beweisen Sie, daß Ihre Forderungen sich mit günstigeren Verhältnissen anderer Gewerbe in den einzelnen Orten begründen lassen. Wenn Sie zugeben, daß mit der Verkürzung der Arbeitszeit Lohnhöhungen nicht verknüpft sein sollen, dann läßt sich weiter reden. Jetzt, in der Zeit des Niederganges, sind wir nicht in der Lage, Lohnhöhungen zu bewilligen. Und eine Verkürzung der Arbeitszeit ist nicht begründet; denn die Tischlerei ist ein Kinderspiel gegen früher und stellt lange nicht mehr dieselben körperlichen Anforderungen. (Widerpruch.) Wo soll das denn nun hinaus? Sie werden so lange fordern, bis nichts mehr übrig bleibt (Geldachter); wir haben das doch schon durchgemacht. Wir sind deshalb nicht gewillt, unter die 54stündige wöchentliche Arbeitszeit herabzugehen. Wir befänden uns in der Zeit der niedergehenden Konjunktur, die von den Unternehmern noch große Opfer verlangen werde. „Wenn wir bereit sind, die Löhne der guten Konjunktur hochzuhalten, so bringen wir ein Opfer, das wir kaum möglich machen können. Wenn wir Ihnen das zugestehen, können wir sagen, daß wir humane Arbeitgeber sind.“ (Widerpruch bei den Arbeitern.)

Leipart: Es hat mich sehr frappiert, daß Herr Nahardt sagte, unser Bestreben sei, das Gewerbe nicht zur Ruhe kommen zu lassen. (Sehr richtig! bei den Unternehmern.) Wir haben seit Bestehen des Arbeitgeberschutzverbandes bewiesen, daß wir bereit sind, uns mit den Unternehmern zu verständigen. Wir waren stets froh, wenn wir uns ohne Streit mit Ihnen verständigen konnten, denn wir streifen wahrlich nicht um des Streikens willen. Wir lehnen denn auch diese Ihre Einschätzung entschieden ab. Wir haben lange vor Ihnen zu den Tarifverträgen Stellung genommen und uns dafür erklärt. Wenn es so häufig zum Streit kam, so lag das nicht an uns, sondern an Ihnen, an Ihrem Widerstand jeder Verbesserung gegenüber. Sie waren ja „Nerven im Hause“. Ein „Ausgleich“ ist jetzt allerdings nur möglich auf der Grundlage einer Verkürzung der Arbeitszeit, nur auf dem Boden des Fortschritts. Das haben wir schon in unseren Casseler Beiträgen zum Ausdruck gebracht, denen Sie ja zugestimmt haben. Zumeist haben wir nur 1 Stunde Arbeitszeitverkürzung gefordert, das ist doch gewiß recht bescheiden. Und dann wollen Sie sagen, die Holzindustrie stehe in bezug auf günstige Arbeitsverhältnisse so hoch da, daß ihre Konkurrenzfähigkeit bedroht sei? (Ja, auf Seiten der Unternehmer!) Nein, Sie können sich nicht beschweren, und Ihre gute Position verdanken Sie wesentlich mit der größeren Leistungsfähigkeit infolge Verkürzung der Arbeitszeit. Seit 1875 besteht in Stuttgart die 10stündige, seit 1899 die 9stündige Arbeitszeit; jetzt fordern wir zwei weitere Stunden, nachdem in 32 Jahren ganze 6 Stunden Arbeitszeitverkürzung durchgeführt worden sind! Unsere Verschiedenheit, wie sie von uns in Stuttgart bewiesen worden ist, nimmt Ihnen das Recht, hier von übertriebenen Stuttgarter Forderungen zu reden.

Becker: Das heutige Verhalten der Unternehmer steht nicht danach aus, als wollte man den Frieden. Wenn man uns in so großer Zahl hierher geholt hat, um in unserem Beisein den Unternehmern zu sagen, daß jedes Entgegenkommen den Arbeitern gegenüber unmöglich sei, so kommt mir das wie eine Komödie, aber nicht wie eine ernste Friedensverhandlung vor. Sie haben noch jedesmal, wenn wir Forderungen gestellt haben, diese als unannehmbar, ja teilweise sogar als „unerschämte“ bezeichnet. Das ist das alte Lied, das wir gut genug kennen. Sie erklärten auch stets gegenüber unseren Forderungen, Sie könnten nicht bewilligen, da und dort müßte erst vorwärts gegangen werden. Wenn wir dann in den bezeichneten Orten vorzogen, dann ließ es sich wieder: kein mit den künftigen nichts. Sie haben wiederholt bei früheren Verhandlungen auf die Konkurrenz schädigenden niedrigen Löhne in Stuttgart hingewiesen. Nun wir in Stuttgart dementsprechend höhere Forderungen stellen, machen Sie darüber ein Gesicht. Wir können auch die nächstjährigen Verträge selbstverständlich nicht ohne Lohnhöhungen abschließen, schon in nächster auf die große Forderung, unter der die Arbeitererschaft schwer zu leiden hat (Zuruf bei den Meistern: Wir sind nicht schuld daran!). Doch sind Sie mit schuld daran, denn Sie haben den Brotwucher seinerzeit mit unterstützt. Jedenfalls können Sie es angesichts der Lebensmittelerhöhung den Arbeitern nicht verdenken, wenn sie Lohnhöhungen fordern. Wir wissen, daß sehr viel Unternehmer schwer um ihre Existenz zu ringen haben, und daß wohl Hunderte von Ihnen zugrunde gehen müssen, wenn Sie es im nächsten Jahre zum Kampfe treiben. Um so schwerer ist Ihre Verantwortung, wenn Sie in dieser für Sie so ungünstigen Zeit doch aussperren, und Sie sollten den Arbeitern größeres Entgegenkommen zeigen. Wir haben kein Interesse daran, den Frieden zu stören; unsere Kollegen haben in vielen Orten überhaupt keine Forderungen gestellt. Dagegen sagte mir gestern ein Berliner Unternehmer, wir sollten doch auch in Stuttgart einen ähnlichen Kampf eröffnen wie in Berlin, um den Berlinern neue Absatzquellen zu erschließen. (Webhafte Unruhe auf der Unternehmenseite, stürmische Rufe: Namen nennen!) Dazu habe ich keine Veranlassung, ich würde den Mann Ihnen doch nur ausliefern. (Abgeordneter Pauli-Potsdam: Dann ist das eine Unwahrheit! Unruhe auf Seiten der Arbeiter.) v. Schulz erjucht um Ruhe und wendet sich gegen die Zwischenruf. Becker: Wie ich erfahre, ist der Vorwurf der Unwahrheit von Herrn Pauli gegen mich erhoben worden. Der Herr ist der Öffentlichkeit genügend bekannt; er kann mich nicht beleidigen.

Herr Schildknecht: Stuttgart verweist die Stuttgarter Forderungen und als solche auch die zahlreichen Vertragsbestimmungen, welche von unseren Kollegen aus dem alten Vertrag für den abzuschließenden neuen Vertrag wieder in Vorschlag gebracht worden sind, und gerade diese Bestimmungen wie die der Lohngarantie bei Akkordarbeit lösen bei den Unternehmern die meiste Entrüstung aus. Redner sagt, die Unternehmer würden den Arbeitern nach Möglich-

keit entgegenkommen, so exorbitante Forderungen könnten sie aber jetzt, in der Zeit des Niederganges, nicht bewilligen, wollten sie die deutsche Möbelindustrie nicht konkurrenzunfähig machen. In Nürnberg seien die Verhältnisse schlechter als in Stuttgart, was sich ja bei den im nächsten Jahre dort zu führenden Verhandlungen (1) erweisen werde.

Kollege Kurtzsch eid vom Christlichen Holzarbeiterverband geht auf die Stuttgarter Forderungen nicht ein, weil es zwecklos sei, hier über eine einzelne Stadt zu verhandeln. Redner weist den Vorwurf der Unternehmer entschieden zurück, wir hätten Interesse an der Beunruhigung des Gewerbes. Das Gegenteil ist richtig, wie wir schon in Cassel betont haben. Die Arbeiter hatten selber keine Möglichkeit, Tarifverträge in größerem Rahmen abzuschließen. Und nicht die Arbeiter sind schuld an den früheren vielen Kämpfen, sondern die Unternehmer, die uns gegenüber das nötige Entgegenkommen vermissen ließen und nicht einmal unsere Organisationen anerkennen wollten. Also nicht die Bosheit der Arbeiter verurteilte diese Kämpfe, sondern Ihr Verhalten. Redner betont, daß die Arbeit doch anstrengender, viel intensiver geworden sei, trotz Maschinenarbeit und Arbeitszeitverkürzung, deshalb rechtfertige sich eine weitere Verkürzung der Arbeitszeit. Weiter sagt Redner, daß noch nicht bekannt sei, ob und in welchen Städten wir die Verträge kündigen wollten, wie könnten wir da Forderungen mitteilen? Bekannt ist aber, daß Sie die Verträge kündigen wollen, ergo müssen Sie sagen, was Sie wollen, wie das die Unternehmer im Baugewerbe getan haben. Zum Schluß betont Redner das gemeinsame Interesse der Arbeiter und Unternehmer an der Bekämpfung der Mißstände im Gewerbe.

Herr Stebel-Düsseldorf fragt an, ob der Vorstand unseres Verbandes mit den Stuttgarter Forderungen einverstanden sei. Leipart bejaht diese Frage. Allerdings seien das, was Herr Schildknecht vorgelesen habe, nicht die Stuttgarter Forderungen. Diese beschränkten sich vielmehr auf zwei oder drei Punkte.

Kloss protestiert entschieden gegen die Art und Weise, wie Herr Schildknecht hier operiert habe, indem er auch die von unseren Kollegen aus dem alten Vertrage mit übernommenen Bestimmungen mit verlesen habe, ohne zu sagen, daß es sich hier um alte Vertragsbedingungen handle. Das sei im höchsten Maße illoyal.

Schildknecht weist diesen Vorwurf zurück. Er habe das Schriftstück so verlesen, wie es den Unternehmern zugegangen sei.

Herr Schneider-Wiesbaden erklärt, daß die Wiesbadener Unternehmer außerstande seien, Zugeständnisse zu machen.

Herr Mitsch-Berlin: Wir gestehen Ihnen zu, daß wir in einzelnen der 24 Städten das oder jenes regulieren wollen. Aber wir werden mit Kraft daran festhalten, daß die Arbeitszeit nicht unter 54 Stunden pro Woche verkürzt wird, jetzt, in der Zeit des Niederganges mehr als je. Auf die vorgeschlagene Klasseneinteilung einzugehen, ist uns jetzt nicht möglich, dazu bedarf es längerer Zeit und einer besseren Konjunktur. Vielleicht läßt sich bei dem Ablauf der jetzt abzuschließenden Verträge darüber reden. Es mag zur Klärung der Situation beitragen, wenn ich Ihnen sage, daß alle im Jahre 1908 ablaufenden Verträge von uns gekündigt und alle Verträge mit einem gemeinsamen Ablauftermin abgeschlossen werden.

Kollege Barmbach vom Gewerksverein bemerkt, daß es nicht wie Friedensstöße aussehe, wenn die Oberfelder Unternehmer die Arbeitszeit von 54 Stunden sogar auf 56 Stunden erhöhen wollten. Die Verteuerung der Arbeit sei nicht auf die Lohn-, sondern auf die Materialpreiserhöhungen zurückzuführen.

Kollege Neumann-Hamburg polemisiert gegen Mitsch, der die Unbilligkeit der Unternehmer in Kiel gedeckt habe. Redner befreit, daß die Arbeit teurer geworden, und daß die Lohnarbeit schädigend sei, oder haben Sie (die Unternehmer) früher, als Sie noch Gesellen waren, bei Lohnarbeit gebummelt? Früher haben Sie ebenso wie heute gesagt, Sie könnten nichts bewilligen; wir kennen die Wölfe... Wenn Sie einen Vertrag ansuchen, der die Verhältnisse in der Holzindustrie einheitlich gestaltet, so muß das bei den jetzigen Verhandlungen zum Ausdruck kommen. Herr Mitsch habe ja jetzt den Kampf um die Arbeit verraten, aber er habe den Arbeitern kaum nicht etwas gesagt, denn dieser Plan sei schon bekannt. Ein Heide aus dieser Grundlage sei ausgeschlossen. Was Herr Mitsch sagte, das stehe dem, was der Arbeitgeberschutzverband als seine Absichten den Arbeitern gegenüber angibt, direkt entgegen. Nach den Worten des Herrn Mitsch müsse also damit gerechnet werden, daß, wenn die Arbeiter nur einige der bestehenden Verträge kündigen, die Arbeitgeber mit einer Kündigung sämtlicher Verträge den Kampf auf der ganzen Linie eröffnen werden. Eine solche Ankündigung spreche doch nicht für die Friedensliebe der Arbeitgeber. Im übrigen, wenn Sie keinen billigen Vertrag eingehen wollen oder können, müssen Sie so lange mit dem Vertragsabschluss warten, bis Sie uns Zugeständnisse machen können. Mit Ihrer Ausspernungspolitik werden Sie auch noch genug bekommen, wie andere Unternehmer genug bekommen haben. Wir haben das in Wilhelmshaven erlebt; dort sperren die Unternehmer zweimal aus, jedesmal mit Erfolg, und sie mußten uns später doch prinzipielle Forderungen bewilligen, die wir niemals früher zugestanden bekamen. (Nahardt: Warum organisieren sich die dummen Kerle nicht!) Die sind organisiert, und ihre Organisation imponiert uns mindestens so viel als der Schutzverband. (Nahardt: Ihnen imponiert ja gar nichts mehr!) Redner betont zum Schluß, daß ein Vertragsabschluss auf der Grundlage der Mitsch'schen Vorschläge nicht möglich sei.

Hier werden die Verhandlungen bis 2 Uhr unterbrochen. Nach Wiedereröffnung der Verhandlungen macht

Herr Schmidt-Hamburg unwichtige Ausführungen, die darauf hinauslaufen, die Unternehmer könnten nichts bewilligen.

Kollege Gryn-er-Berlin führt unter Hinweis auf die Verhältnisse in den Großbetrieben in Berlin, Frankfurt a. O. und Luckenwalde aus, daß die Arbeit immer anstrengender geworden sei. Wenn die Unternehmer darüber höhen, daß wir die Lage der Arbeiter als eine ungünstige bezeichnen, so kann nur gesagt werden, wir haben das von Ihnen seinerzeit gelernt. Herr Mitsch hat vor 15 Jahren auch noch von „höchligsten Tischlergesellen“ gesprochen. Machen Sie uns solche Ausführungen also nicht zum Vorwurf, die Sie früher als richtig

anerkannt und selbst gebraucht haben. Wir sind gezwungen, eine Verkürzung der Arbeitszeit herbeizuführen. Und nur von diesen Gesichtspunkten aus ist ein Vertragsverhältnis denkbar.

Rahardt: Wir wären nicht hier, wenn wir nicht von der Überzeugung geleitet wären, daß ein Frieden möglich wäre. An Bewilligungen sei jetzt nicht zu denken. Wenn auch die heutige Aussprache noch nicht zu einer Verständigung führen sollte, so brauchten sich die Parteien deswegen noch nicht morgen schon in den Haaren zu liegen. Mit jeder Woche würden wohl die Arbeiter mehr zu der Einsicht kommen, daß die Konjunktur zurückgeht und daß ihre Forderungen nicht erfüllt werden können. Schon jetzt gebe es in Berlin 2500 arbeitslose Holzarbeiter, nach Neujahr würde die Zahl auf 4000 anwachsen. Gewiß werde ein Kampf auf beiden Seiten schwere Opfer kosten. Wenn die Arbeitgeber zur Aufnahme des Kampfes „gezwungen“ werden, dann irrtgen die — Arbeiter die Verantwortung. (1) Über die Forderung der Arbeitszeitverkürzung auf 9 1/2 Stunden und der späteren eventuellen Verkürzung auf 9 Stunden würde eine Verständigung wohl zu erzielen sein. Es komme ja nur auf die Einteilung der Städte an. Sind Sie bereit, auf die prekäre Lage Rücksicht zu nehmen, dann wollen wir weiter reden.

Herr Bießer-Detmold lehnt die für seinen Bezirk geforderte 9stündige Arbeitszeit ab.

Leipart: Ich habe uneingeschränkt von einer normalen Arbeitszeit von 9 Stunden täglich gesprochen ohne Rücksicht auf die Größe der Stadt. Medner erklärt die den Lesern bekannten Casseler Leisätze des eingehenden. Herr Mitsch hat ja Ihre Ziele enthüllt, die diametral Ihrer so oft betonten Friedensliebe entgegenstehen. Sie wollen uns nur in dem Streben, in einigen Städten einen billigen Ausgleich herbeizuführen, in den Arm fallen, jeden Fortschritt unmöglich machen. Ihre „guten Absichten“ sind also lediglich ein Gerede, und wir müssen unsere Maßnahmen darauf einrichten.

Herr Roniegnie-Breslau führt aus, die Stuttgarter Verhältnisse seien annähernd so wie anderswo, ergo haben wir ähnliches zu erwarten.

Hier wurden die Verhandlungen abgebrochen, die Vorstände zogen sich zu gemeinsamer Beratung zurück und beschloßen, am Mittwoch zunächst für die Städte Stuttgart, Osnabrück, Elberfeld und Ludenwalde, wo die Verträge schon gekündigt sind, in Tarifverhandlungen einzutreten. Diese Verhandlungen haben zu einem Abschluß nicht geführt. Sie sollen nunmehr an den einzelnen Orten fortgesetzt werden.

### Die Tarifverträge.

#### XIV.

Geltungsbereich der Tarifverträge, Klageberechtigung. Die Frage gesetzgeberischer Behandlung.

Je stärker die Organisationen sind, die den Tarifvertrag beschloßen haben und ernstlich beabsichtigen, ihn durchzuführen oder durch die Macht der einen vertragsschließenden Partei zur Durchführung gezwungen werden, desto eher ergibt sich eine rechtliche Handhabe zur Durchsetzung der Tarifeinhaltung mit Hilfe der Gerichte. Die Gerichte haben sich mit dem Inhalt des Tarifvertrags nur zu befassen, wenn ein individueller Tarifvertrag, dessen Rechtsgültigkeit von einer Partei bestritten wird, vorliegt, wenn also eine der streitenden Parteien die Rechtsgültigkeit des Einzelvertrags bestrittend sich auf den Inhalt des zwingenden Tarifvertrags in einer von der anderen Seite bestrittenen Auslegung beruft. Dann mag auch der Richter die Rechtswirkung des Tarifvertrags nicht anerkennen und trotzdem genötigt sein, seine einzelnen Bestimmungen als maßgebend und für die Auslegung des Rechtsstreits entscheidend anzusehen. Das kann dadurch geschehen, daß der Tarifvertrag sich so stark in dem betreffenden Orte oder Gerichtsbezirk durchgesetzt hat, daß seine Bestimmungen als Ortsgebrauch zu gelten haben, und daß die vom Richter zu berufenden Sachverständigen nicht anders ausfragen können, als daß die strittige Arbeit zu keinen anderen Bedingungen in den betreffenden Orten geleistet zu werden vermag als zu den in dem Tarifvertrag festgesetzten. Dies ist ein deutlicher Beweis, ein wahres Schulbeispiel für das Entstehen von Recht aus Machtverhältnissen. Hierin zeigt sich aber auch die ungeheure Wichtigkeit, den Inhalt des Tarifvertrags zu der allein maßgebenden Arbeitsbedingungenfestsetzung in seinem Geltungsbereich zu machen. Es liegt dies natürlich im wirtschaftlichen Interesse der Unternehmer und im gewerkschaftlichen Interesse der Arbeiter, es ist dies aber auch von ausschlaggebender Wirkung auf die Erzwingung des Rechtsschutzes für die Tarifverträge. Freilich darf man diesen Vorteil nicht überschätzen, denn es wird sich hierbei doch nur um die Erzielung von Entscheidungen in vermögensrechtlichen Fragen, also um Lohnverhältnisse vor allem handeln können, schwieriger wird es schon sein, ob mit diesem indirekten Mittel die Rechtswirksamkeit anderer Tarifvertragsbestimmungen, zum Beispiel der Kündigungsfrist oder ihres Ausschlusses auf dem formalen Rechtswege zu erzwingen wäre. Bei all dem ist aber bei den meisten Richtern stark entwickelte Mangel an Verständnis für sozialpolitische Forderungen und Entwicklungen sehr nachteilig; oft wächst sich dieses Unverständnis zu einer instinktiven Gegnerschaft gegen alles aus, was mit den Mitteln der gewerkschaftlichen Arbeiterorganisation erzielt wird, so daß man von Klassenjustiz zu sprechen hat, wenn man dabei auch oft dem einzelnen Richter keinerlei persönliche Schuld beimessen muß. Die ganze Erziehung der Richter an den Universitäten und im praktischen Dienste beruht auf einer besonders scharfen Betonung der Wichtigkeit der privatrechtlichen Zusammenhänge, der individuellen und vermögensrechtlichen Forderungen und Streitfälle, wozu die vollständige Unentwickelt-

heit eines die neueren Gestaltungen der Gemeinschaften berücksichtigenden Rechtes kommt.

Ausdrücklich ist bloß in der australischen Gesetzgebung der Geltungsbereich der Tarifverträge auf Personen, die in den Vertragsabschluß nicht inbegriffen wurden, ausgedehnt worden. Die Geltung des Tarifs kann dort erstreckt werden auf alle Arbeiter- und Unternehmerverbände des bestimmten Gewerkszweigs, trotzdem sie keine Parteien waren, wenn sie nur in dem Bezirk wirken, für welchen der Tarifvertrag abgeschlossen wurde. Es muß aber für alle Tarifverträge, also auch für die im Deutschen Reich abgeschlossenen, die unbedingte Voraussetzung gelten, daß der Tarifvertrag bezwecke, allgemeine Gültigkeit innerhalb des betreffenden Geltungsgebiets zu erzwingen. Ja man kann sogar viel weiter gehen und mit voller Schärfe behaupten, daß der Abschluß eines ernsthaften Tarifvertrags überhaupt nicht möglich wäre, wenn die beiden vertragsschließenden Parteien beim Abschluß nicht überzeugt gewesen wären, die rechtlichen Absichten natürlich vorausgesetzt, daß sie die Bedingungen des Tarifvertrags zu zwingenden für alle Betriebe ihrer Art innerhalb des Geltungsbezirkes machen würden. Bezeichnenderweise muß dies in viel höherem Maße als für die Arbeiter für die Unternehmer gelten, denn für diese sind ja der Kampf gegen die Schmutzkonzurrenz, die Ausgleichung der verschiedenen Elemente der Kalkulation, die Gleichartigkeit der Konkurrenzverhältnisse hauptsächlich die Beweggründe für das Eingehen auf Tarifverträge. Die in sozialpolitischer Hinsicht am besten erzogenen Unternehmer, die Buchdruckerprinzipale, haben dies auch am klarsten begriffen, indem sie in ihre Tarifverträge Bestimmungen aufgenommen haben, welche die Erzwingung aller seiner Bedingungen bei den tarifuntreu gewordenen oder außerhalb der Tarifgemeinschaft gebliebenen Unternehmern bezwecken, selbst durch die Unterstützung von Streiks. Es geht aus dem ganzen Wesen des Tarifvertrags und gerade vom Standpunkt der Unternehmer hervor, daß er in seinem Geltungsbereich zu zwingendem Recht werden müsse. Im Buchdruckerergewerbe ist dies für ganz Deutschland geschehen unter weitgehender Anpassung an die sehr verschiedenen Verhältnisse in den einzelnen Landesteilen und Orten des Deutschen Reiches.

Der Gerichtsrat Dr. Brenner, der Vorsitzende des Gewerbe- und Kaufmannsgerichtes München, hat zu den verschiedenen Streitfragen über die Gültigkeit der Tarifverträge darauf hingewiesen, daß das Bürgerliche Gesetzbuch die Wichtigkeit von Verträgen im allgemeinen nicht vermutet, daß sie aus dem Gesetz sich ergeben muß, sei es auf Grund allgemeiner oder spezieller Bestimmungen. Die Wichtigkeit eines individuellen Arbeitsvertrags im Gegensatz zu dem Tarifvertrag kann seiner Ansicht nach nur behauptet werden unter Bezugnahme auf den § 138 des Bürgerlichen Gesetzbuchs, wonach ein Rechtsgeschäft, das gegen die guten Sitten verstößt, nichtig ist; nur aus diesem Begriff der guten Sitten heraus könnte nach Brenner die allgemeine Rechtsgültigkeit des Tarifvertrags hergeleitet werden. Hier zeigt sich, von welcher großer Bedeutung das ist, was man mit dem schwer zu umschreibenden Begriffe „öffentliche Meinung“ bezeichnet. Durch die Bestimmung der angezogenen Gesetzesbestimmung soll Rechtsgeschäften, die der moralischen Durchschnittsanschauung des Volkes, dem allgemeinen Sittengesetz und dem Anstandsgefühl aller billig und gerecht Denkenden zuwiderlaufen, die Wirksamkeit verlagert werden. Der bisherigen individuellen Anschauung über Recht und Sitte soll nicht allein Rechnung getragen werden, sondern insbesondere dem allgemeinen, fortschreitenden sozialen Bedürfnis weiter Volkstreue. Freilich über das, was das soziale Bedürfnis weiter Volkstreue ist, entscheidet nicht ein mit dem Volke lebender Richter, sondern Richter, die sich außerhalb und über dem Volke fühlen, und die als maßgebend für das Volk die Anschauungen der gesellschaftlich und damit wirtschaftlich höchsten Schichten der Gesellschaft ansehen. Nun ist sicherlich der Tarifvertrag kein Spezialinteresse der Nichtbesitzenden, aber die Wichtigkeit dieses Standpunktes haben nur wenige Glieder der besitzenden Klassen erkannt. Die Richter sind zumeist von Abneigung erfüllt gegen das, was von den Arbeiterorganisationen erkämpft wird.

Es kann gar keinem Zweifel unterliegen, daß der einzelne, der einen vom Tarifinhalte abweichenden Vertrag abschließt, gegen Treu und Glauben im Verkehrsleben handelt, daß er die andere vertragsschließende Partei aber, was für die Entscheidung des Richters noch bedeutungsvoller sein soll, auch alle getäuscht und geschädigt hat, gegen alle wider Treu und Glauben gehandelt hat, die auf der Seite der Unternehmer wie auf der der Arbeiter das Tarifabkommen getroffen haben. Er hat sich also verständigt gegen das „Anstandsgefühl aller billig und rechtlich Denkenden“. Diese Erwägungen sind von den auf Einhaltung des Tarifvertrags bei den Gewerbegerichteten klagenden Arbeitern mit aller Entschiedenheit zu betonen. Wichtig vorgebracht, durch Beispiele beleuchtet, werden sie unzweifelhaft auch auf den Unternehmerbeisitzer des Gewerbegerichts einen starken Eindruck machen.

Wenn der Schreiner Müller den Tischlermeister Lehmann auf die Differenz zwischen den am letzten Freitag abends tatsächlich gezahlten und den um 2 Mk. höheren im Tarife festgelegten Wochenlohn einlegt und sich hierbei auf den Inhalt des Tarifvertrags beruft, so liegt der Fall weit einfacher, als wenn der Deutsche Holzarbeiterverband gegen die Unternehmerorganisation als Kläger auftritt und von dem Gericht fordert, daß der Tarifvertrag eingehalten werde. Freilich könnte man auch eine derartige Klage in Tausende allmähentlich eingebrachte Individualklagen vor dem Gewerbegericht zergliedern, bei denen es den Unternehmern

balb zu hant werden würde. Durch diese Massenklagen und durch die mannigfachen Unannehmlichkeiten, die den Unternehmern hieraus erwachsen würden, bei den zahlreichen Stunden Entgang von Arbeitsleistung, die sich daraus ergeben würden, könnte die Einhaltung der Tarifbestimmungen erzwungen werden. Das gilt aber nur für die im individuellen Rechtsstreit durchsetzbaren Bestimmungen des Tarifvertrags; häufig enthalten die Tarifverträge jedoch Bestimmungen, bei denen der Richter leicht zu der Meinung gelangen kann, daß es sich bei der Verletzung nicht um die Schmälerung des Rechtsgutes des Schreiners Schulze, sondern um das einer Gemeinschaft handle, von der es aber wieder bestritten werden könnte, ob sie die Klageberechtigung besitze. (Schluß folgt.)

### Soziales.

#### Aus dem Reichstag.

Bei der ersten Lesung des Etats wird gewöhnlich von dem Etat selbst, das heißt dem Voranschlag für Einnahmen und Ausgaben des Reichs, im einzelnen sehr wenig gesprochen. Um so intensiver benutzen die Parteien die Gelegenheit, ihre grundsätzliche Stellung zum Ausbruch zu bringen und Kritik an der Regierung zu üben. An Stoff fehlte es diesmal nicht. Da ist zunächst die traurige finanzielle Lage des Reiches und die Notwendigkeit, nach neuen Einnahmequellen zu suchen, welche freilich die Regierung nicht hindert, ungeheure Summen für den Ausbau der Flotte zu fordern. Dazu kommen die in letzter Zeit entfallenen Standale. Das Treiben der Herren aus der nächsten Umgebung des Deutschen Kaisers, jener hochgestellten Offiziere, welche die Kaserne als Vorbild betrachteten, aus welcher sie sich die Objekte zur Befriedigung ihrer wider natürlichen Gelüsten holten. Die Nachsicht, die gegen diese Vorklütze an den Tag gelegt wurde, mußte notwendig zu Vergleichen reizen mit dem scharfen Vorgehen, das zum Beispiel gegen den Genossen Liebknecht beliebt wurde. Im Schweiße ihres Angesichts mühten sich die höchsten deutschen Richter ab, dem Gesetze eine Auslegung zu geben, die es ermöglichte, ihn wegen seiner schriftstellerischen Leistungen 1 1/2 Jahre der Freiheit zu entziehen, und der Oberreichsanwalt hatte sogar, höherem Auftrage folgend, für den Ehrenmann Zuchthausstrafe beantragt. Den hohen Offizieren dagegen, welche unter Mißbrauch ihrer Amtsgewalt Verbrechen begangen hatten, die das Gesetz mit schweren Strafen bedroht, wurde kein Haar gekrümmt. Im Gegenteil, man zahlte ihnen noch aus den Steuergroschen des Volkes eine anständige Pension.

Diese Dinge bildeten den Hintergrund der diesmaligen Generaldebatte über den Etat, welcher man insofern noch ein besonderes Interesse entgegenbrachte, als sie Zeugnis ablegen sollte von der Festigkeit des Rittes, mit welchem die Parteien des Bülow'schen Blockes verbunden sind. Die Probe hat dieses Bindemittel nicht gut bestanden; es fehlte nicht viel, dann wäre der ganze Blockbau zusammengestürzt und hätte seinen Meister Bülow unter den Trümmern begraben. Der freisinnige Blockbruder Wiener hatte zwar das Lob des Blockes in hohen Tönen gesungen und zu erkennen gegeben, daß er sich in der Gesellschaft der Reaktionäre von der rechten Seite des Hauses ganz wohl fühlt, und auch Bülow hatte sich in mehreren Reden als geschickter Zirkusdirektor gezeigt, der es versteht, durch Zuckerbrot und Pflitsche die widerwillig knurrenden Bestien unter seinen Willen zu zwingen und sie als ein gut dressiertes Ensemble einem hochzuverehrenden Publikum vorzuführen. Aber bald zeigte sich, daß die Dressur nicht gründlich genug war. Einige Mitglieder des Blockzirkus flüchteten müde die Bühne, teilten Bisse aus und zeigten nicht übel Lust, sich gegenseitig aufzufressen.

Bei den liberalen Blockbrüdern hatte schon die Art Mißfallen erregt, mit der sich der preussische Finanzminister v. Rheinbaben gegen die von den Nationalliberalen erhobene Forderung nach direkten Steuern ausgesprochen hatte. Später haben dann Herr Schrader von der Freisinnigen Vereinigung und Herr Bayer von der süddeutschen Volkspartei zu erkennen gegeben, daß es ihnen doch nicht ganz wohl im Block ist. Tiefgehender waren die Raibalgereien zwischen dem konservativen Kreth und dem freisinnigen Gofkein, aber schließlich brachte der nationalliberale Paasche, der gute „heilige“ Paasche die Bombe zum Platzen. Er ging dem Kriegsminister scharf zu Leibe, dem er zum Vorwurf machte, daß er gegen die homosexuell veranlagten Adjutanten des Kaisers, die mit Soldaten Unzucht trieben, nicht eingeschritten sei, obwohl er von den Vorgängen Kenntnis gehabt haben müsse. Der Reichstag war baff, und die Abgeordneten gingen in großer Erregung auseinander.

Diese Erregung steigerte sich noch in der folgenden Sitzung, am 4. Dezember, in welcher sich der Kriegsminister v. Einem, der bei den Angriffen Paasches nicht zugegen gewesen war, gegen diesen verteidigte. Nachdem er geendet, brachte der Präsident einen von den Führern der Blockparteien gestellten Verlagsantrag zur Abstimmung. Da er es aber damit gar zu eilig hatte, verursachte er eine erregte Geschäftsordnungsdebatte, in welcher der freisinnige Blockbruder Wiener in seiner Tollpatschigkeit ausplauderte, daß Bülow die Blockführer zu sich bestellt habe, um ihnen die Rollen zu verlesen.

Und so war es auch. Der Verlauf der Etatsdebatte hatte dem Reichskanzler gezeigt, daß der Block auf dem besten Wege war, auseinanderzufallen. Das war gefährlich für Bülow, der sein Schicksal so eng mit dem des Blockes verflochten hat, daß es mit seiner Kanzlerherrlichkeit in dem Augenblick zu Ende ist, in dem die konservativ-liberale Ehe geschieden wird. Überdies ist das Gerücht nicht unglaub-

haft, daß fleißige Hände tätig sind, das Grab für Bülow's Kanzlerschaft zu graben; um so nötiger hat es dieser, seinem Herrn zu zeigen, daß er der starke Mann ist, der es versteht, die widerstrebenden Elemente zusammenzuzwingen. Wenn in den liberalen Parteien Männer sitzen würden, dann wäre es unmöglich gewesen, den Block, der am 8. Dezember in Brümmer gegangen war, wieder zusammenzuflicken; daß Bülow dieses Kunststück anscheinend mit so leichter Mühe fertig gebracht hat, ist nicht sowohl ein Beweis für seine Geschicklichkeit, als vielmehr für die Sammerlappigkeit der Liberalen.

Am 6. Dezember rückten die wackeren Männer heran, um dem Gespöck Reverenz zu erweisen. Um ihre Schmach vollständig zu machen, war Bülow nicht im Reichstag erschienen; vor seinem leeren Sessel mußten die Liberalen Heiden das Gelöbniß der Treue und des Gehorsams ablegen. Als dieser Durchgang durch das Raubdinische Joch vollzogen war, nahm der Reichstag ein Bild an, das lebhaft an die Tage des Zollkampfes im Jahre 1902 erinnerte. Die Blockparteien hatten beschlossen, die Sozialdemokraten zu hindern, ihr Urteil über die Hundskomödie auszusprechen. Als nach vollzogenem Rotau des Blockes der Zentrumsredner auf das Wort verzichtet und damit den Freisinnsmüller von Meiningen der Mühe überhoben hatte, auf den erwarteten Hohn zu antworten, sollte Schluß gemacht werden. Vergeblich wiesen die Genossen Bebel und Singer auf die Schamlosigkeit hin, die in dem gewaltsamen Debattefluß liegt; die Blockmehrheit scheute die Kritik. Und wie im Dezember 1902 der Präsident Graf Velleström sich zum Mittel der Mehrheit degradierte und die Minderheit mundtot gemacht hat, so fühlte sich jetzt Graf Stolberg als ausführende Organ der im Blockkonventikel gefaßten Beschlüsse.

Die Liberalen haben sich also löblich unterworfen, sie werden es so bald nicht wieder wagen, die Junter in die Waden zu beißen, wenn sie von ihnen getreten werden. Die erste Probe ihres Wohlverhaltens hatten sie bei der Beratung des Vereinsgesetzes zu geben, dessen Beratung am 9. Dezember begann. Den Konservativen sind die Verbesserungen, welche das Gesetz gegenüber dem preussischen Vereinsgesetz enthält, zu weitgehend, und sie werden zweifellos, dem Wink des Staatssekretärs v. Bethmann-Hollweg folgend, versuchen, das Vereinsrecht der Jugendlichen zu verkümmern. Der Redner der Nationalliberalen, Herr Sieber, ist Feuer und Flamme für das Verbot der Muttersprache, soweit es sich gegen die Polen richtet, dagegen will er den Masuren und Litauern die Benutzung ihrer Sprache gestatten, weil sie konservativ wählen. Den Standpunkt der Sozialdemokratie zu dem Vereinsgesetzentwurf legte Genosse Heine dar. Selbstverständlich lehnte er den Sprachenparagrafen entschieden ab, er zeigte aber auch sonst an der Hand einer Reihe von Beispielen, wie wenig der Entwurf geeignet ist, die Versammlungsfreiheit gegenüber der Polizeiwilktür zu schützen. Später nahm auch noch Genosse Legien das Wort, um insbesondere vom Standpunkt der Gewerkschaften den Entwurf zu kritisieren. Da auch das Zentrum rundheraus erklärte, daß ihm die Sprachklausel unannehmbar ist, und die Polen, Estländer sowie der Däne selbstverständlich gegen diese Bestimmung sind, liegt die Entscheidung in der Hauptsache bei den Freisinnigen. Deren Redner, Müller-Meinungen, war denn auch der Bedeutung seines Votums wohl bewußt. Er redete mancherlei, aber er hütete sich sorgfältig, zu erklären, daß ihm der § 7 der Vorlage unannehmbar sei, so daß die von den Sozialdemokraten ausgesprochene Vermutung, die Freisinnigen wollten die Sprachbestimmung als Gegenstand des Ruhhandels benutzen, sehr nahe liegt. — Die Vorlage ist nunmehr an eine Kommission überwiesen. In welcher Gestalt sie wieder vor das Neumünster Reichstags kommt, und in welcher Form sie später in der Reichsversammlung, läßt sich nach Lage der Dinge schwer voraussagen. Jedenfalls haben insbesondere die Gewerkschaften die Pflicht, das weitere Schicksal der Vereinsgesetvorlage aufmerksam zu verfolgen. Die Gefahr ist keineswegs ausgeschlossen, daß geringe Verbesserungen für die reaktionärsten deutschen Staaten mit argen Verschlechterungen erkauft werden müssen.

**Zentrumssozialpolitik.** Die Zentrumsfraktion hat im Reichstag einen Antrag eingebracht, welcher Ausdehnung der Erhebungen der Kommission für Arbeiterstatistik auf die Verhältnisse aller Privatbeamten fordert. Dabei existiert die Kommission für Arbeiterstatistik seit März 1902 nicht mehr. Das ist aber dem Zentrum gleich, Hauptsache ist ihm ja doch nur, mit einer Reihe sozialpolitischer Anträge im Reichstag paradiere und damit den dummen Arbeitern imponieren zu können. Ob die Sache Sinn und Verstand hat, das ist ihm Nebensache.

**Verbandsnachrichten.**

**Bekanntmachungen des Vorstandes.**

Nachfolgenden Zahlstellen wird hierdurch antragsgemäß die Genehmigung zur Erhebung eines wöchentlichen Sozialbeitrags erteilt, und zwar ab 1. Januar 1908: Heydt 5 Pf., Behlenborn 85 Pf.

Nachstehende Mitgliedsbücher sind als verloren gemeldet und werden hiermit für ungültig erklärt:  
109125 Hermann Krahn, Tischler, geb. 8. 7. 75 zu Chabsko.  
150848 Joh. Raeding, Tischler, geb. 24. 6. 84 zu Brüssow.  
166976 Karl Preisner, Tischler, geb. 2. 5. 84 zu Giersdorf.  
194864 A. Finke, Maschinenarb., geb. 15. 10. 80 zu Klein-Gilguth.  
250178 Willy Müller, Tischler, geb. 12. 7. 87 zu Wera.  
285168 Heinrich Mühe, Tischler, geb. 2. 1. 83 zu Faulang.  
285497 Heinr. Eggers, Tischler, geb. 30. 7. 81 zu Mühlensroda.  
302665 Karl Palaska, Tischler, geb. 30. 7. 76 zu Springe.

Stuttgart, Adlerstraße 43. Der Vorstandsvorstand.

**Korrespondenzen.**

**Achern.** Über „sozialdemokratische Agitationsweise in Süddeutschland“ enthält die Nr. 49 des christlichen „Solgarbeiter“ einen Artikel, der auch in einer Reihe kleiner Zentrumsblätter, unter anderen im hiesigen „Acher- und Bühlerbote“ enthalten ist und hier die Unterschrift des Autors, des „berühmten“ Herrn Frz. X. Rödlach trägt. Der Edle schlägt Purzelbäume vor Vergnügen, weil die Mitgliederzahl unseres Verbandes im Gau Stuttgart im letzten Halbjahr um 278 zurückgegangen ist. Über die Ursache dieses Rückgangs uns mit einem Rödlach auseinanderzusetzen, haben wir keine Veranlassung, dagegen können wir ihm bestätigen, daß er seine Worte recht jesuitisch gewählt hat, wenn er sagt, daß der christliche Verband in derselben Zeit im gleichen Gebiet mehr Mitglieder aufgenommen hat, als dem sozialdemokratischen Verband verloren gingen. Wenn er schon Vergleiches ziehen will, dann muß er mitteilen, wieviel Mitglieder der ultramontane Verband besitzt, aber darüber schweigen die ehrbaren Christen, denn es paßt ihnen nicht in den Kram, daß der Deutsche Solgarbeiterverband im Gau Stuttgart noch etwa zehnmal soviel Mitglieder zählt als die Zentrumsorganisation der Solgarbeiter. Über die angebliche Unzufriedenheit unserer Mitglieder sollte Rödlach besser schweigen, und insbesondere sollte er nicht davon reden, daß in unserem Verband das Geld zum Streifen in Berlin und anderen Großstädten verbraucht wurde, so daß in den übrigen Orten die Kollegen auf später vertröbte werden mußten. Er weiß, daß es sich im Frühjahr um eine Aussperrung gehandelt, und daß von diesem Kampfe selbst sein eigenes Verbandsorgan urteilte, daß er nicht vergeblich geführt wurde. Der Rödlach weiß aber auch, daß neben den Aussperrungen im Frühjahr der Deutsche Solgarbeiterverband im Laufe des Jahres eine große Zahl weiterer Kämpfe geführt hat. Wenn er trotzdem unsere Kampfesfähigkeit in Zweifel zieht, dann redet er wider besseres Wissen. Im übrigen sollten doch die Erfahrungen, die der christliche Verband in Hamburg macht, seine Agitatoren hindern, den Mund gar zu voll zu nehmen. Mit den 5075,77 Mark, die der Gauverband verbraucht hat, glaubt der Rödlach auch einen großen Trumpf auszuspielen zu können, obwohl doch gerade die Christen in dieser Beziehung recht bescheiden sein sollten. Während unser Verband von jeder eingezahlten Mark Beitrag 1 Pf. für Gehälter und Entschädigungen aufwendet, gibt der ultramontane Verband für den gleichen Zweck 24 Pfennig aus, das ist 140 Prozent mehr. Wer solche Balken im eigenen Auge hat, sollte sich über den Splitter in dem seines Nächsten nicht aufhalten! Zum Schluß wollen wir davon Notiz nehmen, daß Rödlach es bedauert, Streikbrecher nach Köln geliefert zu haben, er erklärt wenigstens, daß die Worte, mit denen er sich dieser Tat gerühmt hat, anders gelautet hätten, als mitgeteilt wurde. Es scheint demnach, daß sogar Rödlach zu begreifen beginnt, was für eine traurige Rolle er und sein Verband damals spielten, und daß er sich dessen schämt. Wir nehmen hier von so lieber Kenntnis, als daß zu der Hoffnung berechtigt, daß der christliche Verband so bald nicht wieder den kämpfenden Brüdern in so unchristlicher Weise in den Rücken fallen wird, wie das zu Köln geschehen ist.

**Alfeld a. d. Leine.** Der Besuch unserer Mitgliederversammlungen läßt in letzter Zeit viel zu wünschen übrig. Zum Teil mag das auf den schlechten Geschäftsgang zurückzuführen sein, denn in der hiesigen Industrie sind schon größere Entlassungen vorgenommen worden, und es werden noch immer Arbeiter entlassen. Aber um so mehr hätten die Kollegen die Pflicht, gerade in der gegenwärtigen Zeit sich um ihre Organisation zu kümmern. Ein Mißstand ist es, daß manche Kollegen, um an den Beiträgen zu sparen, zum Fabrikarbeiterverband übertreten und dort auch aufgenommen werden. Das ist eine unlautere Konkurrenz, der energig entgegengetreten werden muß. — Unsere nächste Mitgliederversammlung findet am 22. Dezember nachmittags um 2 Uhr statt, und es ist dringend erforderlich, daß alle Kollegen erscheinen.

**Dresden.** In der am 10. Dezember abgehaltenen, von etwa 1000 Personen besuchten Versammlung versetzte Kollege Ag. Göttsche über das Schicksal der Schanzmänner in der Arbeit. Zum Schluß an den Vortrag wurde folgende Resolution zur Übermittlung an den Gauverband angenommen: Die heute, Dienstag, den 10. Dezember, im Trianon tagende Versammlung der Solgarbeiter Dresdens protestiert gegen die reaktionären Bestrebungen der Industriellen, die Arbeiterklasse bei den Krankenkassen, dem Vereinsgesetz und Koalitionsrecht rechtlos zu machen und die Sozialgesetzgebung im Interesse der Unternehmer zu gestalten, um so die Arbeiter zu Geloteln herabzudrücken. Weiter protestiert die Versammlung gegen die Anweisungen des Arbeitshilfsverbandes für das deutsche Holzgewerbe betreffend die Verhinderung der zeitweisen Verlängerung der Arbeitszeit. Die Versammelten erblicken in dieser Maßnahme einen Verstoß gegen den § 1 des im Mai dieses Jahres abgeschlossenen Vertrages und beschließen demgemäß, in allen dem Vertrag unterstehenden Betrieben überstunden so lange zu verweigern, bis der Arbeitgeberverband diese Anweisung zurückzieht. Die Kollegen verpflichten sich gleichzeitig, Abweichungen von den Verträgen sofort der Verwaltung zu melden. — Die Versammelten sind sich wohl bewußt, daß die politische Entrechtung auch die wirtschaftliche Unterdrückung bringt, deshalb verpflichten sie sich, mit aller Energie für die Organisation einzutreten, da nur starke Arbeiterorganisationen einen Schutz gegen Unternehmervillfür und Unterdrückung bieten. — Wir ersuchen die Kollegen aller Branchen dringend, auch die Fälle, in denen Unternehmer einzelnen Leuten gegenüber, selbst wenn dies Unorganisierte sein sollten, den Vertragsbestimmungen nicht nachkommen, dies sofort im Bureau zu melden.

**Düsseldorf.** (Stellmacher.) Die wirtschaftliche Lage der Stellmacher in Düsseldorf ist nicht günstig, denn mit dem sehr teuren Lebensunterhalt weitemern auch die hohen Wohnungsmieten. Der Lohn der Stellmacher steht in keinem Verhältnis zu der Teuerung, denn der Stundenlohn für Stellmacher beträgt hier 40 bis 45 Pf., und darunter, sogar selbständige Rastmänner müssen mit 50 bis 55 Pf. pro Stunde vorlieb nehmen; die Arbeitszeit soll eine 10stündige sein, es sind aber noch Werkstätten vorhanden, in denen eine längere Arbeitszeit existiert. Diese miserablen Verhältnisse

zwingen die Kollegen, sobald wie möglich Düsseldorf wieder zu verlassen, somit herrscht ein ständiger Wechsel, welcher höchst ungünstig auf die Organisation einwirkt. — Die Dalesstrauerei steht hier in höchster Blüte, so daß man sich verwundert fragt, wie ist solches möglich in der industriereichen Stadt Düsseldorf. Diese Dalesstrauerei entsteht vielfach, nicht nur hier, auch anderswo, aus oben besagten traurigen Lohnverhältnissen heraus. Da nun der Lohn nicht ausreicht, um anständig leben zu können, so wird in irgend einem Raume eine Wagenbauerei eröffnet, die schon im vornherein den Stempel des Mangels trägt. Da nun diese Sorte Wagenbauer oder Fabrikanten, wie sie sich auch gern nennen, keine nennenswerten Kapitalien besitzt, so werden nun die Wagen um jeden Preis gebaut, um nur von einer Woche zur anderen zu kommen. Ist Arbeit vorhanden, so werden sofort Gesellen eingestellt, ist die Arbeit fertig, so werden dieselben einfach wieder entlassen, wenn sie es nicht von selbst vorziehen, die gastliche Stätte zu verlassen. — Ganz besonders kann aber Düsseldorf auf seine größeren Werte, so zum Beispiel die Waggonfabrik, stolz sein, denn in diesem Werte werden durch die gegenwärtigen Verhältnisse Elemente großgezogen, die jeder Beschreibung spotten. Es ist höchst verwerflich, wenn Kollegen, die vor kurzer Zeit in der und für die Organisation tätig waren, jetzt ihr den Rücken kehren, wahrscheinlich in dem Bewußtsein, Lebensstellung zu haben. Wir würden ihnen nichts dagegen einwenden, aber so sollen sie es bei dem lassen und nicht uns noch durch ihr Verhalten zu schaden suchen. Die Stellmacher müssen ernstlich daran gehen, ihre Lage zu verbessern. Außerdem sei noch erwähnt, daß viele Kollegen die Arbeit aufnehmen, ohne vorher einen festen Stundenbeziehungsweise Akkordlohn vereinbart zu haben. Ist dann die Arbeit fertiggestellt, dann werden sie mit den unglaublich niedrigen Löhnen abgeseift. Ein großer Ubelstand ist unter den Düsseldorfster Stellmachern eingerissen, nämlich das Schwänzen der Sektionsversammlungen, welche jeden ersten Samstag im Monat stattfinden. Gerade in den Versammlungen soll und muß sich der Kollege Aufklärung holen über die örtlichen Verhältnisse und soll auch dort die nötige Schulung empfangen, um selbständig in bezug auf Lohn- und Arbeitsverhältnisse handeln zu können, denn zum Zeitvertreib ist man nicht organisiert. Und dann: bezahle jeder Kollege die fälligen Beiträge pünktlich, um im gegebenen Falle bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu schaffen, dazu bietet der Deutsche Solgarbeiterverband den besten Rückhalt.

**Eumendingen.** Wer den Verlauf der letzten Mitgliederversammlung verfolgt hat, wird wohl den frischen Wind gemerkt haben, der dort wehte; aber wenn wir vorwärts kommen wollen, muß jeder darauf bedacht sein, im Interesse des Verbandes zu wirken und den Fortschritt auch in der Zahlstelle fördern zu helfen. Kollegen, erscheint alle in der nächsten Versammlung, welche am 21. Dezember stattfindet, damit wir endlich auch an hiesiger Zahlstelle wieder eine vollständige Lokalverwaltung erhalten. Je weniger der einzelne zu verrichten hat, desto intensiver kann er sich damit beschäftigen; so wie die Sache jetzt liegt, ist es ungesund. Die Zahlstelle muß und wird vorwärts kommen, wenn verschleierte Mitglieder das Interesse, das sie für den Verband haben wollen, durch praktische Arbeit betätigen. Also nochmals, Kollegen, erscheint zur nächsten Versammlung, sorgt, daß alle uns noch fernstehenden Kollegen sich gleichfalls unseren Reihen anschließen, dann können wir daran denken, unsere doch gewiß nicht gerade glänzende Lage zu verbessern.

**Erlangen.** Die Solgarbeiter Erlangens haben, gemäß der Mahnung der „Solgarbeiter-Zeitung“, am 7. Dezember eine Versammlung abgehalten, die der Agitation und Aufklärung der Kollegen galt und gut besucht war, ein Zeichen, daß die Kollegen auf dem Posten sind. Als Referent war Kollege Mörsberger aus Fürth erschienen. Derselbe verbreitete sich in einstündigem Vortrage über das Thema: „Der Deutsche Solgarbeiter-Verband — eine Macht“. Der reichliche Beifall zeigte, daß die Worte des Redners jedem aus dem Herzen gesprochen waren. Die Diskussion bewegte sich im Sinne des Referenten. Nach Erledigung einiger geschäftlicher Fragen schloß der Vorsitzende mit der Mitteilung, daß nunmehr auch die Zahlstelle in der hiesigen Organisation ist, die schon vorantige Versammlung. Wenn die Solgarbeiter Erlangens so fortarbeiten, werden auch ihre Verhältnisse rascher gebessert werden.

**Greifswald.** In einer am 5. Dezember abgehaltenen öffentlichen Solgarbeiterversammlung, die von den Mitgliedern gut besucht war, sprach Gauvorsitzer R. Falkenberg-Stettin über „Die Lebenshaltung der deutschen Arbeiter und die Gewerkschaften“. Reicher Beifall lohnte den Redner am Schluß seiner Ausführungen. Trotzdem die Lokalverwaltung keine Mühe gescheut hatte, um die Unorganisierten zu dieser Versammlung heranzuziehen, hatte es doch nur ein einziger für nötig befunden, diese Versammlung zu besuchen. Mügen es sich doch die hiesigen Mitglieder mehr anlegen sein lassen und mehr wie bis jetzt für unsere Sache zu agitieren, dann wird auch der Erfolg nicht ausbleiben, und wir werden dadurch den letzten Mann dem Deutschen Solgarbeiterverband zuführen.

**Grünberg i. Saale.** Ein wahrer Musterbetrieb ist die hiesige Fabrik für Eisenbahnwagen- und Brückenbau, dem Herrn Kommerzienrat Beuchelt gehörrig. Das Koalitionsrecht besteht hier nur dem Namen nach. Wer davon nach freiem Ermessen Gebrauch macht, fliegt ohne weiteres raus. Wenn die dringendste Arbeit vorüber ist, dann geht ein großes Meiremachen an. So mußten erst kürzlich nach und nach zehn von unseren Mitgliedern springen. Andere werden wieder damit schikaniert, daß sie auf den Holzhof geschickt werden, um dort zu arbeiten, während ihre Hobselbänke durch Fremde besetzt werden. Will ein solcher Delinquent auch dieser Folter noch nicht weichen, dann wird russisches System angewendet. Der Plahauffeher B. ist ein sehr lebenswürdiger Mensch, der auch mal einen wegen Schnapsbolen denunziert, obgleich der Betreffende gar nicht daran gedacht hat. Natürlich steht auf dieses Verbrechen Entlassungsstrafe. Dieses hindert freilich nicht, daß der Herr Plahauffeher gegen manch einen äußerst nachsichtig sein kann und öfteres Schnapsbolen gewillig übersehen; die Hauptsache dabei ist nur die, daß sich einer in bestimmten Sachen nicht zu verständiglos ihm gegenüber benimmt. Das alles stimmte aber ist, daß die Arbeiter gegenseitig zum Aufpaffer werden. Einer paßt auf den anderen auf, ob er bei ihm nicht etwa ein Stück

„Holzarbeiter-Zeitung“ oder gar sozialdemokratische Partei-Zeitung entdecken kann, um ihn beim Meister als Sozialdemokraten zu denunzieren. Während der also beschuldigte den Hammelsprung tun muß, rechnet der andere auf sichere Verächtlichkeit bei der Besetzung eines Kolonnenführerpostens. Durch diese Schmarozerei lassen sich zugereifte organisierte Kollegen nur zu häufig abhalten, ihre Mitgliedschaft zum Verbands hier aufrecht zu erhalten. Bei solcher Jaghaftigkeit können bessere Zustände nicht Platz greifen. Nur dann werden wir unsere persönliche Freiheit wahren, wenn wir uns alle ohne Furcht mannhaft zum Verbands bekennen. Für die Sparsamkeit der Firma ist charakteristisch der Umstand, daß zum Holzaußen auf dem Holzplaz Frauen verwendet werden, mit welcher Leistung die Firma zweifellos unerreicht dastekt. Nun noch ein Wort an die Kollegen in Österreich. Die Firma sucht unausgesetzt in fast allen größeren böhmischen Zeitungen nach Arbeitern, unter anderen auch nach Holzarbeitern. Diejenigen Kollegen, welche auf Grund solcher Annoncen bereit sind, nach hier zu kommen, sollen vorher aber auch bedenken, daß sie hier nur dazu dienen, den einheimischen Kollegen den Zusammenschluß im Holzarbeiterverband zu erschweren. Auch sind die Lohnangaben stets übertrieben. Die Stundenlöhne bewegen sich zwischen 20 und 32 Pf.

**Gästen.** Seit dem 2. September besteht hier eine eigene Zahlstelle, der auch circa 15 Korbmacher und einige Tischler beitraten, die vorher in Verbund beziehungsweise Staffort organisiert waren. Die Gründung der Zahlstelle scheint den hiesigen Unternehmern nicht recht gefallen zu haben, denn nach vierzehntägigem Bestehen derselben wurde unser Bevollmächtigter von dem Zimmer- und Tischlereibesitzer Lohmüller, wo er beschäftigt war, gemahregelt, und zwar mit der ausdrücklichen Begründung, daß er für den Verband agitiere. Diese Maßregelung ist aber nicht geeignet, uns nutzlos zu machen; wir werden im Gegenteil um so fleißiger agitieren, und auch Herr Lohmüller wird sich mit der Zeit noch daran gewöhnen, mit dem Verband zu rechnen.

**Kaiserslautern.** Die gelbe Gewerkschaft, welche die Holzindustriellen im Mai dieses Jahres unter dem Namen „Deutscher Handwerkerschutzverband“ mit dem Sitz in Berlin gründeten, hat unsere Unternehmern um manche Erfahrung reicher gemacht. Ihre Mühe, hier einen Ortsverein der Gelben zu errichten, war bisher erfolglos. Die größten Enttäuschungen hat aber Herr Graf erlebt. Nachdem ihm wegen eines Lohnabzuges, den er nach seiner Aussage vornahm, um auf die Organisation der Arbeiter einen Druck auszuüben, die Schreiner davonliefen, ließ er sich durch den Handwerkerschutzverband in Berlin Schreiner schicken. Bis jetzt sind in drei Sendungen zusammen 28 Schreiner an Graf geschickt worden. Wenn immer eine Kolonne in Berlin zusammengetrommelt war und Graf die Reisefkosten geschickt hatte, erfolgte der Abschied. Da nun die übrigen Unternehmern die Differenzen bei Graf zu „ihrer Sache“ gemacht hatten, so wollten sie auch dazu beitragen, den ankommenden Klausuristen einen würdigen Empfang zu bereiten. Bei der zweiten Sendung, bestehend aus zehn Mann, fand sich außer Herrn Graf und seiner Fabrikleitung auch der Innungsobmann und andere „Größen“ auf dem Bahnhof ein. Über Andank ist der Welt Lohn. Die zehn Mann bedankten sich bei ihrer Ankunft bei Herrn Graf dafür, daß er es ihnen ermöglicht hatte, von Berlin wegzukommen, und ließen Herrn Graf mit seinem Anhang stehen. Sogar das Angebot eines „guten Abendbrots“ wurde nicht einmal angenommen, sondern Herr Graf eine „echte Berliner Backpeise“ angebroht, wenn er nicht halb verschwand. Die Unternehmern gingen zum Gaudium der Zuschauer nun ihrer Wege. Die dritte Kolonne mußte Graf schon in Frankfurt abholen. Sie hatten nicht nur ihr Jeßgeld, sondern auch das Fahrgehalt verbraucht. Und wieder eine Enttäuschung. Als er sie glücklich nach Kaiserslautern gebracht hatte, verdufteten sie am dritten Tage wieder. So sind Herrn Graf von den 26 Mann nur acht treu geblieben. Es hängt ihm nun selbst an, vor diesen zu grüßen. In seiner Verlegenheit ersuchte Graf den Gewerksverein der Hirsch-Dunder, mit ihm einen Vertrag abzuschließen. Er lagte dabei sein Leid, daß er mit den Berlinern so schlimme Erfahrungen gemacht habe, und daß er mit denen, die er jetzt noch hat, sein Geschäft nicht aufrecht erhalten kann. Hiermit hat Graf den Unternehmern, die erst vor einigen Wochen sagten, die hiesigen Arbeiter sind Mauler im Vergleich zu den Arbeitern aus Norddeutschland, das Gegenteil bewiesen. Graf ist nun wieder einmal um mehrere hundert Mark leichter, und 15 Schreiner danken es ihm, daß er sie von Berlin weggeholt und ihren hungerigen Magen gefüllt hat. Die Hirsch-Dunderschen Ortsvereine haben als Ablagerungsstätte ihrer verleumderischen Artikel gegen die freien Gewerkschaften bisher die Pfälzische Volkszeitung benützt. Die unglücklichsten Schauermärchen wurden den Lesern vorgelesen. Dies hatte zur Folge, daß sich unter den Lesern der Volkszeitung ein großer Unwille bemerkbar machte. Ein vor kurzer Zeit erschienener Artikel hatte mehrere Leser der Volkszeitung veranlaßt, das Blatt abzubestellen. Hierauf wurde dann vom Verleger der Volkszeitung der Kohl der Hirsche nicht mehr aufgenommen. Die Hirsche wollten sich dies nicht bieten lassen, entsandten eine Kommission, drohten mit Gründung einer eigenen Zeitung, aber nichts half. Die Zeitung bleibt vorläufig für Hirsche gesperrt. Nun können sie neben ihren Mitgliederverlusten auch noch den Verlust ihrer Ablagerungsstätte beklagen.

**Kiel.** Angeichts der in Berlin stattgefundenen Verhandlungen ist nachfolgendes wohl von allgemeinem Interesse. In dem im Mai d. J. in Berlin für Kiel abgeschlossenen Vertrag ist bezüglich der Arbeitsvermittlung vorgeesehen, daß nach Schaffung eines Musterregulativs für paritätische Arbeitsnachweise durch die Zentralvorstände in Kiel ein paritätischer Nachweis errichtet werden soll. Trotzdem dieses Regulativ auf der Konferenz der beiderseitigen Zentralvorstände fertiggestellt ist, lehnt es der Vorstand des Schutzverbandes in Kiel auf Weisung seines Zentralvorstandes beharrlich ab, die Errichtung eines paritätischen Nachweises vorzunehmen. Ein Vertreter des Schutzverbandes erklärte in einer Sitzung der Schlichtungskommission: „Wozu gebrauchen wir jetzt einen paritätischen Nachweis, wir bekommen ja jetzt Gesellen, so viel wie wir haben wollen.“ Eine nette Erfüllung des Vertrags! In dem am 11. Mai dieses Jahres gefällten Schiedspruch des Berliner Einigungsamtes, der anerkanntermaßen auch für Kiel Gültigkeit hat, heißt es unter II d 2: „Wenn in einem Betrieb günstigere

Bohn- und Arbeitsbedingungen für die Arbeiter bestehen, als in den einzelnen Betrieben und in diesem Spruche festgelegt sind, so behalten diese günstigeren Bedingungen Geltung.“ Unter anderen waren auch in den dem Schutzverband angeschlossenen Betrieben der Herren Lauers und Kohlischen seit dem 1. April 1906 statt der im 11. Mai 1907 abgeschlossenen Vertrag vorgeesehenen 54 stündigen die 53 stündige Arbeitswoche eingeführt. Wer nun glaubt, daß angeichts der klaren Fassung des obigen Schiedspruchs in den genannten Betrieben die 53 stündige Arbeitswoche beibehalten werde, der kennt nicht die — Vertragstreue des Arbeitgeberschutzverbandes. Dieser verlangte einfach die Verlängerung der Arbeitszeit auf 54 Stunden. Obwohl die Schlichtungskommission durch einen vorläufigen Beschluß, dann die beiderseitigen Zentralvorstände in einer diesbezüglichen Korrespondenz und obenrein noch die Generalversammlung des Arbeitgeberschutzverbandes entschieden haben, daß es in den beiden Betrieben sein Bewenden haben muß, gab die hiesige Zeitung des Schutzverbandes den Versuch, die Arbeitszeit zu verlängern, immer noch nicht auf. Am 10. Oktober fand dann eine Schlichtungskommissionssitzung im Beisein von Vertretern der Zentralvorstände statt. Doch auch hier erreichten die Arbeitgeber ihren Zweck nicht. Nach wiederholten vergeblichen Versuchen, hier Arbeitskräfte zu erhalten, die bereit wären, die Arbeitszeit zu verlängern, hat der Arbeitgeberschutzverband endlich den rechten Mann gefunden in dem Vorsitzenden der hiesigen Filiale des Gewerkevereins der Tischler. Dieser ließ, eingedenk der von seinem Zentralvorstand in Cassel abgegebenen Erklärung, mit uns gemeinschaftlich für die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen einzutreten, schleunigst von Memel einige Hirsche kommen, von denen vier bei Lauers untergebracht wurden, um hier die Arbeitszeit auf 54 Stunden zu verlängern. In einer Werkstatthaltung stellten diese „organisierten Arbeiter“ sich mit den Streikbrechern auf eine Stufe. Sie sagten, weil die Streikbrecher 54 Stunden arbeiteten, müßten auch sie dies tun; außerdem aber könnten sie ohne Einwilligung ihres Vorsitzenden nichts machen. Dieser aber lehnte, unter dem Vorwande, keine Zeit zu haben, es ab, in eine Besprechung der Arbeitsverhältnisse mit uns einzutreten. Und den Schutzverband hat endlich seinen Willen teilweise erreicht. Doch mit des Geschickes Mächten ist kein ewiger Bund zu flechten; denn einer der Klausuristen ist schon, trotz seiner Bereitwilligkeit, die Lohn- und Arbeitsbedingungen zu verschlechtern, wegen allzu großer Leistungsfähigkeit wieder entlassen. In Anbetracht obiger Tatsachen stellen wir die Fragen: 1. Sollen mit dem Arbeitgeberschutzverband weitere Verträge abgeschlossen werden, bevor sein Vorstand den ernststen Willen gezeigt hat, daß er selbst die bestehenden Verträge erfüllt, sowie daß er die Macht hat und auch anwendet, seine Bezirksverbände zur Erfüllung der Verträge anzuhalten? 2. Ist der Vorstand des Gewerkevereins der Tischler mit dem Vorgehen seiner Kieler Mitglieder einverstanden, und wenn ja, wie will er das mit seiner obigen Erklärung in Einklang bringen?

**Leipzig.** Die Modell- und Fabrikfischer hielten am 28. November eine öffentliche Versammlung ab. Nachdem das Andenken des verstorbenen Kollegen Bauemeister in der üblichen Weise geehrt war, hielt der Arbeitersekretär, Genosse A. Lütich, einen Vortrag über das Thema: „Eine wirtschaftliche Krise im Anzug“. Lebhafter Beifall lohnte die trefflichen Ausführungen des Redners. In der sich an den Vortrag anschließenden Diskussion wurde festgestellt, daß die Krise in der Modellbranche bereits mit ziemlicher Schärfe eingesetzt habe. Trotzdem die Arbeitszeit zum Teil bis auf 6 Stunden verkürzt wurde, ist am Orte eine außerordentlich hohe Arbeitslosigkeit zu verzeichnen. — Unter „Branchenangelegenheiten“ entspann sich eine lebhafte Diskussion über die Entlassung eines Kollegen in einem hiesigen Betrieb, in der eine Maßregelung erblüht wurde, während die Organisationsleitung diese nicht anerkannte. Die Debatte konnte, da die Versammlung um 12 Uhr geschlossen werden mußte, nicht zu Ende geführt werden. Die Sektionsleitung wurde beauftragt, in kürzester Frist eine weitere Versammlung einzuberufen. Diese fand am 7. Dezember statt. Auf eine Fortsetzung der am 28. November abgebrochenen Debatte wurde, da man die Möglichkeit als geringelt und genügend ungelöst betrachtete, verzichtet. Dagegen entspann sich eine längere Debatte über die Handhabung der Arbeitsvermittlung. Ein Antrag, das Anschauen wieder zu gestatten, wurde einstimmig zurückgewiesen, dagegen wurde ein Antrag, den Arbeitsnachweis besser auszubauen und eine ausgiebige Erörterung dieser Frage herbeizuführen, einstimmig angenommen. Die Kollegen werden verpflichtet, die bestehenden Bestimmungen über die Arbeitsvermittlung strenger als bisher zu befolgen.

**Die Stellmacher** hielten am 7. Dezember eine öffentliche Versammlung ab. Kollege Schulz referierte über „Die wirtschaftliche Krise und ihre Folgen für die Arbeiterschaft“. An den Vortrag schloß sich eine Diskussion, in welcher die Kollegen zur eifrigen Agitation aufgefordert wurden. Unter Gewerkschaftlichem wurde auf die von der Zentralkommission der Stellmacher herausgegebenen Broschüre Bezug genommen. Es wurde hauptsächlich gewünscht, daß die Landagitation eine eingehendere Erörterung erfahren hätte, da hier die Meinungen sehr weit auseinander gehen. Der von der Zentralkommission angebotene Weg wird wohl der schwierigste sein, denn die Kollegen in den Großstädten haben doch genug mit sich selbst zu tun, um alle indifferenten Kollegen, denen es in den Großstädten noch genug gibt, für sich zu gewinnen. Die Landagitation kann daher nur nebensächlich in Frage kommen, ganz abgesehen von den Schwierigkeiten, die dieselbe in sich birgt. Zu erwägen ist daher, ob nicht durch Verbreitung von Flugblättern mehr Aufklärung unter die Kollegen vom Lande gebracht wird. Die mündliche Agitation würde für den einzelnen einen erheblichen Kostenpunkt verursachen, der mit dem Erfolg in keinem Verhältnis steht. Aber die ausgenommene Statistik wurde allgemein die Ansicht laut, daß dieselbe durchweg so hoch gehalten ist, hoffen wir, daß dieselbe bei künftigen Lohnbewegungen uns nicht als Krüppel zwischen die Beine geworfen wird. Es wäre jedenfalls besser gewesen, wenn die Kleinbetriebe und die Großbetriebe je für sich angeführt worden wären, da ein Großbetrieb, wie zum Beispiel hier in Leipzig, die ganze Lage der Stellmacher in ein schiefes Licht stellt. Es ist für Leipzig ein Durchschnittsverdienst von 27,80 Mk. angeführt, dies mag für einzelne Betriebe richtig

sein, aber die überproportionale Mehrzahl der hiesigen Kollegen hat bei 9 1/2 stündiger Arbeitszeit einen Durchschnittsverdienst von 45 Pf. pro Stunde. Vergleicht man die Statistik von 1902 mit der jetzigen, so ist in einzelnen Städten eine Steigerung des Lohnes um 7 Mk. und darüber zu verzeichnen. Hierüber wurden einige Zweifel laut, zum Beispiel Breslau. Zum Schluß wurde noch die Arbeitsnachweisfrage erörtert, welche zu längerer Debatte Anlaß gab.

**München.** Die Sektion der Musikinstrumentenarbeiter hielt am 24. November ihre regelmäßige Monatsversammlung, in welcher Genosse Krämer einen Vortrag über „Die Taktik der Unternehmerverbände“ hielt. Er schloß seine interessanten Ausführungen mit einem warmen Appell an die Kollegen, ihren Stolz beiseite zu stellen, um in ernsten Zeiten mit vereinten Kräften gerüstet zu sein. Dem Referenten wurde reichlicher Beifall gezollt. Nach einer kurzen Diskussion und der Erledigung verschiedener Sektionsangelegenheiten wurde die gut besuchte Versammlung geschlossen.

**Nürnberg.** Auf der Tagesordnung unserer letzten Versammlung stand die Festsitzung eines Lokalbeitrags. Schon vier Wochen vorher hatte eine Liste behufs Abstimmung über diesen Punkt zirkuliert, da nun aber erst drei Viertel der Mitglieder an der Abstimmung teilgenommen hatten, wurde beschlossen, die Liste noch einmal den Mundgang machen zu lassen. Dadurch soll auch denjenigen, die mit Nein gezeichnet hatten, Gelegenheit gegeben werden, ihre Abstimmung noch einmal zu überlegen. Es ist geradezu unbegreiflich, wie ältere Kollegen, die so leicht in die Lage kommen, eine Unterstützung in Anspruch nehmen zu müssen, mit Nein stimmen können; ist es doch genügend bekannt, in welchen Notlagen der Verband hilfreich eingreift. Kommt alle Mann zur Versammlung, bringt eure Wünsche und Beschwerden vor, dort ist der Platz, wo jedem Gelegenheit geboten ist, seiner Meinung Ausdruck zu verleihen. Darum, Kollegen, fort mit der hier so eingebürgerten Gleichgültigkeit; nicht zurückgeschreckt vor einem kleinen Lokalbeitrag. Führt die noch draußen Stehenden dem Verband zu, damit sie alle eine Macht bilden, welche nicht mehr unterliegen kann.

**Nürnberg.** (Pinselmacher.) In einer zahlreich besuchten Versammlung referierte Landtagsabgeordneter Kollege Dorn über die Milzbranderkrankungen und die notwendige Ergänzung der Bundesratsvorschriften. Nach einem kurzen Rückblick auf die Entwicklung der Milzbranderkrankung und Bekämpfung sowie auch auf das Zustandekommen der Bundesratsverordnung bedauert der Redner, daß trotz der mehrmaligen Eingaben an den Bundesrat die Bundesratsverordnung wenig Besserung erfahren habe, und daß deshalb seit 1903 wieder eine ganze Anzahl Berufsarbeiter dem Milzbrand zum Opfer gefallen sind. Redner kommt hierauf auf die Kleinindustrie zu sprechen und bemängelt, daß für diese nicht die ganze Verordnung Gültigkeit habe, dadurch seien die Arbeiter in den Kleinbetrieben nur halb geschützt. Er kam dann kurz auf die unseren Beruf so sehr schädigende Heimarbeit zu sprechen und verurteilte die verwerfliche Handlungsweise vieler Kollegen und Kolleginnen, welche, wenn sie den ganzen Tag im Geschäft gearbeitet haben, dann noch Arbeit mit nach Hause nehmen. Zur Verbesserung der Bundesratsverordnung stellte Redner folgende Forderungen auf: I. Desinfektion aller in- und ausländischen Materialien. II. Desinfektion der Materialien nur durch strömenden Wasserdampf. III. Ausdehnung der besonderen Vorschriften der Bundesratsverordnung auf die Kleinbetriebe. IV. Sinngemäßige Anwenbung der Verordnung auf die Heimindustrie. Nachdem der Vorsitzende R. Gühler ausgeführt, daß nicht nur von Nürnberg, sondern auch von allen in Betracht kommenden Orten die Reichsregierung und die Landesregierungen um obengenannte Veränderungen ersucht werden sollen, wurde schließlich eine Resolution einstimmig angenommen, welche im Sinne der Ausführungen des Referenten die jetzt geltende Bundesratsverordnung für nicht ausreichend erklärt und die Milzbrandkommission ersucht, an den Bundesrat eine Eingabe zu richten und zu beantragen, das Rohmaterial des In- und Auslandes dem Desinfektionszwang zu unterstellen und als Desinfektionsmittel strömenden Wasserdampf mit dem nötigen atmosphärischen Überdruck zuzulassen. Außerdem sollen Versuche unternommen werden, um für dasjenige Material, für welches obiges Desinfektionsverfahren ohne bedeutende Schädigung nicht angewendet werden kann, eventuell durch ein Preisauschreiben, ein Desinfektionsmittel zu finden, welches mit Sicherheit das gesamte Material wirksam desinfiziert. Ferner soll der Bundesrat ersucht werden, die besonderen Vorschriften für größere Betriebe auch auf die kleineren Betriebe auszudehnen und vorzuschreiben, daß die Milzbrandvorschriften in sinngemäßer Weise auch auf die Haus- und Heimarbeit Anwendung finden. Auch sei ein Verbot zu erlassen, wonach Arbeitsräume weder zum Wohnen, Schlafen noch zum Kochen benützt werden dürfen.

**Nürnberg.** Am 8. Dezember fand eine Werkstattdiskussion statt, die von 20 organisierten Kollegen besucht war, und in welcher eine sehr anregende Diskussion gepflogen wurde. Ein Versuch, die unorganisierten Kollegen aus der Werkstatte von Müller & Gorchki zu der Besprechung heranzuziehen, war erfolglos, weil diese Kollegen die Versammlung des Kriegervereins für wichtiger hielten. Überhaupt scheint der hiesige Kriegerverein in Ermangelung eines sonstigen Betätigungsfeldes sich den Kampf gegen die Gewerkschaften als besondere Aufgabe erlesen zu haben. Das legt uns die Pflicht auf, mehr noch als bisher für die Aufklärung der Kollegen über ihre Lage zu wirken. Wenn es hier nicht so viele Unorganisierte gäbe, würden es manche Meister nicht wagen, ihre Arbeiter mit Schimpfworten wie Schweinehund, verfluchte Bestie usw. zu belegen. Gibt es doch hier noch Betriebe, die einem verheirateten tüchtigen Gesellen einen Stundenlohn von 28 Pf. zahlen. In der hiesigen Stuhlfabrik kommt es sogar vor, daß der verdiente Lohn nicht voll ausgezahlt wird. Diese Verhältnisse müssen uns veranlassen, die schläfrigen Kollegen aus ihrem Stumpfsein aufzurütteln und sie zum Beitritt in unseren Verband zu bewegen, damit wir in die Lage kommen, auch uns menschenwürdige Zustände zu schaffen.

**Nürnberg.** In einem Bericht in Nr. 46 der „Holzarbeiter-Zeitung“ war erwähnt, daß die Christlichen einen unserer Kollegen aus der Werkstatte von Heim hinausgeschickt hätten. Herr B. Heim hat das, wie wir in Nr. 48 berichteten, zum Anlaß genommen, uns mitzuteilen, daß der Kollege B. wegen seiner geringen Leistungen entlassen worden sei. Wie wenig stichhaltig diese Behauptung ist, geht aus dem Zeugnis her-

vor, das dem betreffenden Kollegen von der Firma Gebr. Heim ausgestellt wurde. Es heißt darin: „... Derselbe verdient als erfahrener und faubere Arbeiter besonderes Lob, seine Entlassung erfolgte wegen Mangel an Arbeit.“ Es liegt auf der Hand, daß ein solches Zeugnis nicht einem Arbeiter ausgestellt wird, der wegen seiner geringen Leistungen entlassen wird; und damit dürfte auch bewiesen sein, daß die von uns mitgeteilten Gründe für die Entlassung trotz der Berichtigung des Herrn Heim zutreffend waren.

**Heutlingen.** Die hiesigen Lohn- und Arbeitsbedingungen sind noch sehr verbesserungsbedürftig. Ohne von 4 Mk. pro Woche mit Kost und Logis, 18 Pf. pro Stunde bei zehn-, elf- und zwölfstündiger Arbeitszeit sind hier noch anzutreffen. Daß unter diesen Verhältnissen die Schmutzkonzurrenz die schönsten Blüten treibt, ist selbstverständlich. Von den Submissionsblüten wollen wir nur ein Beispiel folgen lassen. Bei der Vergebung des vierten Teiles der Schreinerarbeiten, Möbel und dergleichen für das hiesige Realschulgebäude, wo der Überschlag circa 8000 Mk. betrug, wurden folgende Angebote gemacht: A. Schirm 5880 Mk., Möbelfabrik Zum Bruderhaus 5407 Mk. Wiggall, Anfele und Hauser miteinander 3289 Mk. Nun wird dies niemand wundernehmen, wenn man in Betracht zieht, daß gerade die Firma Wiggall mit am schlechtesten bezahlt. Einer der dort beschäftigten Maschinenarbeiter wird mit 25 Pf. abgeloht, der andere Maschinenarbeiter, welcher schon längere Zeit bei Wiggall beschäftigt ist, der vor 8 Uhr abends nicht von der Arbeit abkommen kann, soll 30 Pf. Stundenlohn erhalten. Bei den Schreibern wird der Durchschnittslohn circa 30 Pf. betragen. Nun liegt aber die Schuld an diesen traurigen Zuständen zum großen Teil an den Kollegen selbst. Bei der Firma Wiggall ist ein einziger organisiert; die anderen haben es überhaupt nicht notwendig. Von den circa 200 Holzarbeitern, welche hier beschäftigt sind, hat es nur der vierte Teil eingesehen, daß eine feste und starke Organisation dringend notwendig ist. Bei der Firma Fahnacht sind wohl die Löhne nicht auf demselben niedrigen Stand, jedoch läßt insbesondere die Behandlung sehr viel zu wünschen übrig. Besonders scheint es dieser Herr auf die Organisierten abgesehen zu haben. Die Geher, wie er sie tituliert, fürchtet er wie die Pest; das nimmt uns auch nicht wunder, denn er wird wohl die Zeit nicht wieder erleben wollen, daß seine Wude gepörrt ist. Er hat nun glücklicherweise die Geher alle draußen, hoffentlich wird dies jedoch bald wieder anders, denn dringend notwendig wäre es jedenfalls, was die jetzt noch dort beschäftigten Kollegen selbst zugeben. Das gleiche trifft auf die Firma Schirm zu; im allgemeinen stände diese Wude wohl an erster Stelle, wenn nicht einige Schmarozger ihr lichtscheues Wesen dort trieben, die meinen, sie müßten immer eine Viertelstunde vor den andern an der Arbeit stehen, dasselbe trifft auch nach der Arbeitszeit zu. Es soll wohl die Länge der Arbeitszeit im Güte der Arbeit ergeben? Die Kollegen der Möbelfabrik um Bruderhaus hätten es auch dringend notwendig, sich der Organisation anzuschließen, da die Verhältnisse dort auch in keiner Weise zufriedenstellend sind. Kommt es doch hier und da noch vor, daß auch einer mit einem blinden Jährling nach Hause geht. Besonders traurig sieht es aus unter den kleineren Berufen, Wagner, Hülsenmacher, Drechsler usw., von einer geregelten Arbeitszeit ist keine Spur vorhanden, namentlich blüht auch die Lehrlingszucht, die Bezahlung ist dementsprechend, allerdings finden es die dort Beschäftigten notwendiger, der Fellsarmee und dem Jünglingsverein nachzulaufen, statt durch Beitritt zur Organisation ihr Dasein zu verbessern. Durch Vertrag haben sich die hiesigen Schreinermeister verpflichtet, sowohl die zehnstündige Arbeitszeit einzuführen als auch Kost und Logis abzuschaffen; trotzdem findet man immer wieder Kost und Logis und eine bis zu zwölf und mehr Stunden ausgedehnte Arbeitszeit. Die 25 Prozent Zuschlag für Überstunden, die gewährt wurden, werden auch nur noch von einem ganz geringen Teile bezahlt, wo bleibt da die Vertragstreue? Die Verhältnisse sind also hier keine rosiggen, und auch bei den organisierten Kollegen könnte namentlich der Versuchung abgesehen noch etwas besser sein. Besonders möchten wir auch die Kollegen mahnen, frühzeitiger anwesend zu sein; auch möchten wir noch auf die vom Gewerkschaftsamt arrangierten Diskussionsabende, die jeden Mittwoch abend stattfinden, hinweisen und den Besuch derselben den Kollegen angelegentlich empfehlen.

**Schramberg.** Im christlichen „Holzarbeiter“ wird wieder einmal in „Terrorismus“ gemacht. Ein armer christlicher Kollege in Schramberg, der unter die „von Brüderlichkeit trübenden Genossen“ geraten war, soll, weil er nicht zu allem Ja und Amen sagte, solche Schläge erhalten haben, daß die Spuren noch einige Tage in seinem Gesicht zu sehen waren. Um diesem Schwindel den Boden zu entziehen, sei hier kurz der wirkliche Sachverhalt geschildert. Der brave Christ, Schwab ist sein Name, hatte sich einer Gesellschaft als unerwünschter Gast aufgedrängt und hier in echt christlicher Weise auf den Konsumverein und dessen Verwaltung geschimpft. Von einem zu der Gesellschaft gehörenden Aufsichtsratsmitglied des Konsumvereins wurde ihm deshalb geraten, die beweislosen Verdächtigungen zu unterlassen. Statt diesem Räte zu folgen und sich für seine Stänkereien eine andere Gesellschaft zu suchen, gab er zur Antwort: „Ach was, ihr Lausbuben.“ Wer sich derartige Frechheiten herausnimmt, muß sich darauf gefaßt machen, daß ihm die Quittung sofort hinter die Ohren geschrieben wird. In Wirklichkeit ist die freche Provokation für den Christen Schwab noch recht harmlos abgelaufen, denn der Kollege, der in der ersten Borneswallung zum Schläge ausgeholt hatte, besann sich rechtzeitig, so daß seine Hand kaum den Scheitel des Friedensförderers berührte. Sollte der Schwab wirklich Glauben im Gesicht aufgewiesen haben, dann würde es sich empfehlen, daß seine christlichen Freunde genau den Ursprung derselben feststellen. Wenn ein händelsüchtiger Mensch dem Gambetrinus gar zu reichlich opfert, dann sind solche Folgen nicht sehr verwunderlich. Daß der brave Schwab in der „sozialdemokratischen“ Gesellschaft, in die er sich eindrängte, trotz seiner Provokation die verdienten Prügel nicht bekommen hat, geht zur Genüge daraus hervor, daß der christliche Kriegsrat, der sich mit der Sache beschäftigte, nicht den Mut fand, eine Klage anzustrengen. Dazu reichte das Material nicht; wohl konnten die Christen damit eine Terrorismuslegende zusammenbrauen, denn im Terrorisieren der Wahrheit haben sie ja eine große Fertigkeit. Das ist christliche Kampfesweise.

**Wettin.** (Korbmacher.) Abseits vom großen Weltverkehr, am Fuße der Stammburg der sächsischen Könige liegt das Städtchen Wettin. Arm an Gut, arm an Geist leben dort noch eine Anzahl unserer Kollegen. Unmenschlich lang ist ihre Arbeitszeit, aber farg der Lohn. Von morgens 6 Uhr bis abends 8 Uhr und noch länger wird gearbeitet, nicht einmal eine Stunde Mittagspause wird gehalten. Die Frauen bringen das Mittagessen in die Werkstatt, und gleich nach dem eingenommenen Imbiß gehen die Hände rastlos wie eine Maschine ans Werk, um recht viel Profit für den Unternehmer zu schaffen, an sich selbst aber denken diese Arbeiter nicht. Wie ist es möglich, Kollegen, daß ihr eurer Familie nicht eine frohe Stunde gönnen könnt? Eure Kinder bekommt ihr doch auch bei der langen Arbeitszeit nie zu sehen! Nicht einmal Sonntags gönnt ihr euch den ganzen Tag, und schließlich geht ihr womöglich noch von der Sonntagsarbeit weg ins Wirtshaus! Nein, Kollegen, das darf so nicht weiter gehen. Fort mit der aufreibenden Arbeitszeit, her mit besseren Arbeitsbedingungen, her mit höheren Löhnen, das sollt ihr euch zum Ziele setzen! Ihr müßt nun so mehr auf dieses Ziel lossteuern, als man auch bei euch weiß, was für ein Preis für Miete und Nahrungsmittel verlangt wird. Seht euch eure Kollegen in Halle, im Regierungsbezirk Merseburg und Sachsen-Anhalt an, überall dort haben die Kollegen mit Hilfe ihrer Organisation einen gleichmäßigen Tarif mit ihren Arbeitgebern abgeschlossen. Für euch, Wettiner Kollegen, wäre es doch so leicht, denselben Tarif zur Anerkennung zu bringen; aber ohne Organisation merdet ihr das nicht erreichen. Die Freigebigkeit eurer Arbeitgeber ist nicht weit her, das beweist der Fall, wo ein Unternehmer einem verwaisten Knaben fünf Jahre Lehrzeit zumutet. Fünf Jahre braucht der Lehrling, um durch seine Arbeitskraft zurückzahlen, was er an Kleidung und Essen erhalten hat. Ja, wohl, die Meister dort befinden sich in glücklicher Lage wie Unternehmer in anderen Städten, ihnen stehen eben Lehrlinge in Hülle und Fülle zur Verfügung, sonst würde es wohl keinem Meister einfallen, eine derartig lange Lehrzeit zu verlangen; schließlich ist doch ein Lehrling noch gezwungen, nach beendeter Lehrzeit noch den Tagelöhnerberuf seinem erlernten Geschäfte vorzuziehen. — Wollt ihr, Kollegen, daß unser Handwerk auch eine bessere Epitaph bietet, daß bessere Verhältnisse Platz greifen, und daß der Ausbeutung nun endlich einmal Schranken gelegt werden, dann laßt euch nicht mehr vergeblich rufen. Euer Platz ist in der Organisation, darum hinein in den Deutschen Holzarbeiter-Verband!

**Wismar.** Am 3. Dezember fand eine Holzarbeiterversammlung statt. Kollege Kahl-Hamburg, welcher über „Die Bestrebungen, Kämpfe und Erfolge unseres Verbandes in der letzten Zeit“ referierte, erntete für seinen, von der Versammlung mit großem Interesse verfolgten Vortrag reichen Beifall. Es wurde dann das Überstundenwesen in der Waggonfabrik einer scharfen Kritik unterzogen. Ist es doch vorgekommen, daß die Kollegen, welche die ganze Woche hindurch bis 7 und 8 Überstunden gemacht hatten, Sonnabend von morgens 6 Uhr bis nachts um 12 Uhr arbeiten mußten. Auf unsere Einwendung in Nr. 41 der „Holzarbeiter-Zeitung“ hat der Vorsitzende des Gewerkschafts in der „Globe“ eine Antwort gebracht, die er mit seinem Namen unterzeichnet. Er ist darauf ungeheuer stolz und nennt es eine Frechheit, daß die Berichte in der „Holzarbeiter-Zeitung“ nicht unterzeichnet sind. Als ob wir es notwendig hätten, Hirsch-Dunckerische Waden nachzunehmen. Auf den Inhalt der Denezkowschen Schreiberei einzugehen, lohnt wirklich nicht die Mühe. Er ist der richtige Hirsch-Dunckerische Musterknabe, dessen Nebenarten niemand imponieren können, weil man weiß, daß nichts dahinter steckt. Bei passender Gelegenheit werden wir wieder einmal Hirsch-Dunckerische Laten ihren großen Worten gegenüberstellen. Einstweilen lassen wir ihn schwadronieren.

**Zürich.** (Klavierarbeiter.) In der letzten Zeit haben sich die Arbeitsangebote deutscher Berufs Kollegen nach hier sehr gehäuft. Die Lage der hiesigen Klavierarbeiter kann aber nicht als rosig bezeichnet werden, und besonders ist unsere Organisation den Unternehmern ein Dorn im Auge. Für welches Gehalt die Kollegen, beim Arbeit in der Schweiz anzunehmen, ohne sich vorher an nationaler Arbeit zu wenden, von welcher jede gewünschte Ausnahmefreiheit wird. Zentralkommission der Klavier- und Instrumentenarbeiter der Schweiz, Zürich, Neumarkt 5.

**Storbefragel.**

- Ludwig Dackof, Pinselmacher, geb. 14. September 1882 zu Nürnberg, gest. 24. November 1907 ebenda.
- Adolf Krenes, Schreiner, geb. 19. März 1886 zu Bolau, gest. 15. Oktober 1907 zu Worms.
- Katharina König, Weißstickerin, geb. 27. November 1875 zu Stein, gest. 6. November 1907 zu Nürnberg.
- Christian Benker, Schreiner, geb. 25. Oktober 1884 zu Kirchengamitz, gest. 8. November 1907 zu Nürnberg.
- Franz Xaver Wilhelm, Drechsler, geb. 17. September 1882 zu Mengen, gest. 7. Oktober 1907 zu Krumbach.
- Jean Michael Meyer, Schreiner, geb. 11. Mai 1888 zu Ziegelstein, gest. 11. November 1907 zu Nürnberg.
- Paul Jensoh, Vergolber, geb. 15. Februar 1872 zu Breslau, gest. 20. November 1907 ebenda.
- Reinhold Jizowsky, Tischler, geb. 22. Februar 1854 zu Kl.-Lötchen, gest. 11. November 1907 zu Breslau.
- Gustav Schröder, Tischler, geb. 26. März 1888 zu Rehme, gest. 19. November 1907 ebenda.
- Hermann Ginde, Tischler, geb. 20. Mai 1865 zu Brandis, gest. 19. November 1907 zu Leipzig.
- Wih. Nicht, Maschinenarbeiter, geb. 6. Juni 1854 zu Baihingen a. G., gest. 17. Nov. 1907 zu Stuttgart.
- Adolf Faust, Schreiner, geb. 6. Dezember 1849 zu Stuttgart, gest. 18. November 1907 ebenda.
- Karl Fiebig, Kassenbeamter, geb. 28. Februar 1865 zu Gubrau, gest. 6. November 1907 zu Frankfurt a. M.
- Peter Kreis, Partikler, geb. 28. Februar 1865 zu Würzburg, gest. 5. Oktober 1907 zu Frankfurt a. M.
- Gustav Gutschke, Tischler, geb. 27. Mai 1887 zu Kengersdorf bei Sagan, gest. 2. November 1907 ebenda.
- Julius Keller, Tischler, geb. 18. Oktober 1854 zu Hof-erbach, gest. 26. November 1907 zu Steele.

- Otto Hesse, Tischler, geb. 26. Juni 1877 zu Wurg bei Magdeburg, gest. 22. November 1907 ebenda.
- Margarete Hiller, Weißstickerin, geb. 20. September 1891 zu Nürnberg, gest. 29. November 1907 ebenda.
- Adolf Postler, Schreiner, geb. 4. Mai 1877 zu Brandis, gest. 15. November 1907 zu Partenfirchen.
- Friedrich August Schubert, Tischler, geb. 30. September 1888 zu Oberplanitz, gest. 19. November 1907 zu Heidelberg.
- Johann Mayer, geb. 16. April 1882, gest. 5. November 1907 zu Wehenstein.
- Heinrich Walter, Schreiner, geb. 18. September 1887 zu Brnshagen bei Cassel, gest. 26. November 1907 ebenda.
- Friedrich Dingez, Schreiner, geb. 8. August 1865 zu Bierstadt, gest. 8. Dezember 1907 zu Frankfurt a. M.
- Franz Fischer, Tischler, geb. 15. April 1854 zu Hausdorf, gest. 2. Dezember 1907 zu Freiburg i. S.
- Oswald Müller, Modelltischler, geb. 26. April 1849 zu Seisnig, gest. 24. November 1907 zu Dresden.
- Friedrich Witt, Tischler, geb. 27. Oktober 1852 zu Lüben, gest. 24. November 1907 zu Dresden.
- Friedrich Stahlnecht, Tischler, geb. 22. März 1873 zu Diersleben, gest. 30. November 1907 zu Braunschweig.
- Karl Herz, Modellbreher, geb. 18. März 1872 zu Gayingen, gest. 2. November 1907 zu Mannheim.
- Bruno Müller, Tischler, geb. 1. Juli 1887 zu Neustadt i. Sachsen, gest. 27. November 1907 zu Werdau.
- August Müller, Schreiner, geb. 29. Januar 1852 zu Alperg, gest. 1. Dezember 1907 zu Stuttgart.
- Reinhold Jizowsky, Tischler, geb. 22. Februar 1854 zu Lötchen, gest. 11. November 1907 zu Breslau.
- Johann Krause, Knopfarbeiter, geb. 16. Oktober 1887 zu Hartlieb, gest. 30. November 1907 zu Breslau.
- Christoph Berl, Drechsler, geb. 20. Juni 1887 zu Fischbach, gest. 17. November 1907 zu Wendelstein.
- Wilhelm Vogt, Partikler, geb. 30. Oktober 1880 zu Steindorf, gest. 7. Dezember 1907 zu Breslau.
- Julius Wasse, Tischler, geb. 22. April 1858 zu Braunschweig, gest. 12. Dezember 1907 ebenda.

**Unsere Lohnbewegung.**

**Warnung vor Anzug!**

Alle Mitteilungen über Differenzen, welche zur Sperrung eines Ortes oder einzelner Betriebe für Verbandsmitglieder Anlaß geben, sind an den Verbandsvorstand zu adressieren. Sie müssen hinreichend begründet und von der Zahlstellenverwaltung durch Unterschrift und Stempel beglaubigt sein.)

- Zugung ist fernzuhalten von:
- Tischlern, Maschinen- und Hilfsarbeitern nach Hohenholm bei Bromberg, Lauenburg i. Pomm., Neustadt i. Sachsen, Solingen, Wolfenbüttel (Knuß);
  - Tischlern, Stuhlwerkern, Drechsern und Maschinenarbeitern nach Lauterberg a. Harz;
  - Stellmachern nach Dresden (Wagenfabrik Liebcher);
  - Stroharbeitern nach Grimma;
  - Modelltischlern und Möbelschreibern nach Blankenburg und Sorge im Harz, Hamburg (F. A. Schule), Sangerhausen (Barbarossawerk);
  - Bürstenmachern nach Bielefeld (Fr. Sauer);
  - Korbmachern nach Zeitz-Naßberg (Lippert);
  - Putzern nach Belgig (Wenzel);
  - Vergolbern nach Gelsenkirchen (Bergmann).

In Briesen (Fürstentum Birkenfeld) ist es, wie bereits in voriger Nummer berichtet, in dem Betriebe des Freiherrn v. Hammerstein zu Differenzen gekommen. Dieser Unternehmer, der als nationalliberaler Reichstagskandidat solche Wahlreden hielt, in welchen er versprach, für die Sicherung des Kooperationsrechtes hinzuwirken, beweist jetzt, wie sich sein Versprechen herausstellt. Die Kündigung des Betriebes erfolgte lediglich aus dem Grunde, weil sie unserem Verbandsangehörigen. Wie nötig die Kollegen aber die Organisation haben, kann man erkennen, wenn man die Löhne betrachtet, die in der Parkettbodenfabrik dieses Freiherrn bezahlt werden. Der Höchstlohn von 8 Mk. wird dem Maschinenführer und drei Schreibern bezahlt, von denen einer 18, ein anderer 13 Jahre dort beschäftigt ist. Fünf weitere Schreiner, die zum Teil auch schon lange Jahre in der Fabrik arbeiten, erhalten 2,70 Mk., während der Lohn der Maschinenschreiner und Hilfsarbeiter 1,80 Mk. bis 2,50 Mk. beträgt, und dabei werden bei Akkordarbeit noch geradezu ungeheuerliche Abzüge gemacht. Es dürfte den deutschen Kollegen keine große Überwindung kosten, diesem Musterbetrieb fernzubleiben.

In Ellrich a. Harz sah sich der Tischlermeister Brauns infolge Vorstelligerwagens seiner Arbeiter vor einiger Zeit genötigt, die tägliche Arbeitszeit von 11 auf 10 Stunden zu verkürzen. Jetzt scheint ihm das Leid zu sein, und er versucht, auf Umwegen den alten Zustand wieder herzustellen. Dem Wunsch des Meisters, täglich eine Überstunde zu machen, kamen die Kollegen nach; als sie aber für die Überstunde Bezahlung verlangten, wurde Herr Brauns fuchselnswild. Wegen ihrer Weigerung, Überstunden ohne Bezahlung zu machen, wurden drei jüngere Kollegen entlassen, doch haben sie inzwischen andere Arbeit gefunden. Es empfiehlt sich aber, daß die reisenden Kollegen unser Städtchen meiden, um uns im Kampfe um die Erhaltung des zehnständigen Tages zu unterstützen.

In Gelsenkirchen sind den Vergolbern 25 bis 50 Prozent Lohnabzug gemacht worden. Da die Kollegen, welche alle dem Deutschen Holzarbeiterverband als Mitglieder angehören, dieses zurückwiesen, wurde ihnen gekündigt, so daß sie am Weihnachtsabend auf dem Straßenpflaster liegen. Wir bitten die Kollegen, den Zug von Vergolbern nach der hiesigen Firma Bergmann streng fernzuhalten. In Hainichen ist die Lohnbewegung durch Vermittlung des Gauvorstandes mit einem annehmbaren Erfolg beendet worden. Den Holzarbeitern Hainichens rufen wir auch bei dieser Gelegenheit zu: Schließt euch der Organisation an, daß wir bei passender Gelegenheit geschlossener dastehen als

bisher. Organisiert euch, besucht die Versammlungen und helfst kräftig mit an der Verbesserung unserer traurigen wirtschaftlichen Lage.

Zu Quakenbrunn ist es gelungen, bei der Firma Schade & Cie. einige kleine Verbesserungen zu erzielen. Nachdem die Kollegen der Firma durch Vermittlung der Lokalverwaltung ihre Wünsche hatten überreichen lassen, wurden dem Arbeiterausschuß folgende Zugeständnisse gemacht: Dem alten, seit 50 Jahren im Dienste der Firma stehenden Wertmeister wird eine jüngere Kraft zur Seite gestellt, wodurch die Materialausgabe an die 80 Arbeiter beschleunigt wird. Das Warten auf Arbeit fällt also sehr weg. Dann soll am Sonnabend statt um 6 Uhr schon um 5 1/2 Uhr Feierabend gemacht werden. Allerdings ist für vorzeitiges Schichtmachen eine Strafe von 50 Pf. angedroht, was überflüssig ist und unterbleiben hätte können. Die gedruckte Fabrikordnung will Herr Schade erst nach Neujahr herausgeben, womit sich die Kollegen in Anbetracht des sonstigen Entgegenkommens zufrieden gaben. Auch auf den Wunsch, das Krankengeld jede Woche abzugeben, glaubte Herr Schade nicht eingehen zu können; diese Forderung werden wir später wiederholen müssen. — Bei der Firma Hofes haben die beiden Tagelöhner an dem im vorigen Jahre erreichten Arbeitszeitverkürzung nicht teilgenommen, sondern sich mit einer Lohnaufbesserung begnügt. Auf Drängen der Lokalverwaltung ist der eine der beiden Kollegen vorstellig geworden und hat nun ebenfalls die Arbeitszeitverkürzung zugestanden erhalten, während der andere, der aus dem Verband ausgestreut ist, noch weiter 68 Stunden arbeitet. — Zu erwähnen ist noch, daß der Geschäftsgang bei der Firma Schade & Cie. gegenwärtig außerordentlich gut ist; bei den anderen Firmen ist das jedoch nicht der Fall.

Zu Wahren bei Leipzig sind in der Dachstuhlwerkerei von M. Körner 8 Kollegen entlassen worden. Der Unternehmer sieht in der Organisationszugehörigkeit der Arbeiter eine Verschönerung gegen sein Geschäft. Dabei ist interessant, festzustellen, daß die Arbeiter oft rechte Wähe haben, ehe sie in Besitz ihres verdienten Wochenlohnes gelangen. Da dieser Unternehmer sich wichtig tut, sofort genügend Ersatzkräfte zu erhalten, eruchen wir die Kollegen, obiges zu beachten und bei Arbeitsangeboten erst Grundprüfung bei der Organisationsleitung einzuziehen.

Ausland.

In Brüssel haben die Stoccarbeiter bei der Firma May Speck die Arbeit eingestellt. In bezug auf die Behandlung der Arbeiter hat dieser Unternehmer jeden Reford geschlagen. Es hat ihm nicht gepast, daß seine Arbeiter alle organisiert waren und sich keine Abzüge gefallen ließen, und als die Kollegen am Samstag ihren Lohn verlangten, empfing er sie bewaffnet mit einem langen Messer und einem Gummischlauch. Selbstverständlich wurde die Arbeit sofort eingestellt. Als Arbeitswidriger stellte sich alsbald der bekannte Streikbrecher Emil Jyrtar ein, der schon öfters dieses saubere Handwerk betrieben hat. — Es wird gebeten, den Zugang fernzuhalten.

Aus der Holzindustrie.

Ein Ring der Möbelindustriellen Deutschlands. Die Hamburger Börsenhalle berichtet über eine dort stattgefundene, stark besuchte Versammlung von Möbelindustriellen Deutschlands. Gegenstand der Erörterung war die Frage der Aufstellung einheitlicher Zahlungs- und Lieferungsbedingungen im Verkehr mit der Privatkundschaft, für welche bereits eine von Hamburger Interessenten gebildete Kommission eingehende Vorarbeiten geleistet hatte. Die Versammlung erklärte sich im Prinzip mit den Bestrebungen der Hamburger Kommission einverstanden und setzte einen 17 gliedrigen Agitationsausschuß ein, welcher auf der Grundlage des von der Hamburger Kommission aufgestellten Satzungsentwurfes sich mit den in Betracht kommenden weiteren Firmen Deutschlands in Verbindung setzen und diese für die zu schaffende Organisation zu gewinnen suchen soll. Der Agitationsausschuß wurde beauftragt, später die vorbereitenden Schritte für die Einberufung der gründenden Hauptversammlung zu veranlassen. Vorsitzender des Ausschusses ist Herr Krause, in Firma F. W. Krause & Sohn, Hamburg.

Zu den Schwarzwälder Uhrenindustrie und den damit verbundenen Nebenwegen macht sich der Tagesdrame zufolge seit einigen Wochen Flaueheit geltend. Es ist bereits in Erwägung gezogen worden, die Arbeitszeit auf 8 Stunden herabzusetzen, um Arbeiterentlassungen zu verhüten. Auch ist ein Überangebot von Arbeitskräften zutage getreten.

Waggonfabrik Aktiengesellschaft vorm. P. Perbrand & Co. in Ebn-Ehrenfeld. Der am 30. Dezember stattfindenden Hauptversammlung wird eine Dividende von 15 Prozent (im Vorjahr 12 Prozent) bei reichlichen Abschreibungen und Rückstellungen vorgeschlagen.

Vereinigte Freiburger Uhrenfabriken Akt.-Ges., inkl. vorm. Gustav Becker, Freiburg i. B. Bei dem Unternehmen stieg im Jahre 1906/07 der Bruttogewinn von 890.640 auf 1,08 Millionen Mark, die Aktiale Braunau erlag einen Reingewinn von 1281 (2120) Mk. Dagegen waren als Verlust bei dem Verkauf des Betriebes V (Germania) 29.889 Mk. abzusehen. Nach Abzug der Unkosten, Zinsen, sowie nach 150.972 (143.708) Mk. Abschreibungen, dabei 20.000 (16.000) Mk. auf Debitoren, verbleibt ein um etwa 74.000 Mark höherer Reingewinn von 227.446 Mk. Darunter wird eine um 1 Prozent erhöhte Dividende von 6 Prozent vorgeschlagen.

An der Internationalen Ausstellung für Unfallverhütung, Gaperbehgiene und Arbeiterwohlfahrt in Budapest hat sich neben dem Reichsversicherungsamt auch eine größere Zahl von Berufsgenossenschaften durch Druckschriften, Zeichnungen, Modelle von Unfallverhütungseinrichtungen usw. beteiligt. Wegen hervorragender Leistungen auf dem Gebiet der Unfallverhütung wurden einige Berufsgenossenschaften, darunter die Schwedische Holzarbeiterberufsgenossenschaft in Stuttgart, mit dem Grandprix ausgezeichnet. Andere erhielten die silberne Staatsmedaille.

Kollegen, abonniert das „Fachblatt für Holzarbeiter“.

Gewerkschaftliches.

Die bürgerliche Presse in Augsburg und die Gelben. Um einem dringenden Bedürfnis zu genügen, veranstaltete eine ultramontane Korona in Augsburg Mitte November einen sozialen Kursus. Nun war es am 19. Nov., daß der Direktor Brauns von der München-Gladbacher Jesuitenschule über die Stellung der Gebildeten zur Gewerkschaftsbewegung sprach. In der nun folgenden Diskussion zog der christliche Gewerkschaftssekretär Brückner aus München mächtig gegen die Geistlichen vom Leder, die den „gelben Mitchristen“ ständig die Stange hielten. Gleichzeitig bemerkte er auch gegenüber der Augsburger bürgerlichen Presse, „daß diese im Kampfe gegen die Gelben vollständig versage. Dies liege daran, daß sie vom Kapitalismus Winke erhalten habe, daß, wenn sie die Gelben bekämpfte, ihr die Annoncen werden“.

In höchst verdächtiger Eile suchten sich auch die ultramontane „Neue Augsburger Zeitung“, ebenso die liberal-konservative „Augsburger Abendzeitung“ zu rechtfertigen und nannte letztere in ihrem bürgerlichen Zorne den christlichen Herrn Brückner einen „frechen Lügner, der diese Lüge aus den eigenen Fingern gesogen und nur der Verbreiter eines leichtfertigen Klatsches sei“.

Etwas Neues wäre nun zwar ein derartiges Erlausen der bürgerlichen Presse durchaus nicht, mir sind nur gespannt, ob Herr Brückner nun mit Beweismaterial herausrückt, oder ob er den Lügner und leichtfertigen Verbreiter unkontrollierbaren Klatsches auf sich sitzen läßt.

Der sechste deutsche Gewerkschaftskongress wird vom 22. Juli 1908 an und folgende Tage in Hamburg abgehalten.

Der Handlungs- und Transportarbeiterverband hat im ersten Halbjahr 1907 an 17 Orten und in 1512 Betrieben 274 Lohnbewegungen und Streiks durchgeführt, an denen 15.448 Kollegen beteiligt waren; für 14.042 Kollegen wurde ein Erfolg erzielt. An Kosten entstanden durch diese Bewegungen 186.251,49 Mk. Es wurde erreicht für 12.776 Kollegen eine Erhöhung des Lohnes um 40.372,76 Mk. pro Woche gleich 3,16 Mk. pro Woche für den einzelnen; eine Verkürzung der Arbeitszeit um 19.775 1/2 Stunden für 8152 Kollegen oder 6,3 Stunden pro Woche für den einzelnen. Außerdem erzielten 9572 Kollegen sonstige Verbesserungen der Arbeitsbedingungen. Abgewehrt wurde für 905 Kollegen eine Reduzierung des Lohnes um 4580,42 Mk. pro Woche oder 5,06 Mk. für den einzelnen. Für 9 Kollegen konnte eine Arbeitszeitverlängerung von 27 Stunden gleich 3 Stunden pro Woche für den einzelnen abgewehrt werden. Außerdem wurden für 269 Kollegen sonstige Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen verhindert. Larve wurden 101 abgeschlossen.

Eingefandt.

An die Delegierten zur Drechslerkonferenz zu Leipzig.

Den Delegierten zur Kenntnisnahme, daß sich das Wohnungsbureau am Sonntag den 29. Dezember im „Volkshaus“, Zeilstr. 32, befindet. Empfang auf den Bahnhöfen findet nicht statt.

Nachstehend sind die günstigsten Straßenbahnverbindungen von den Bahnhöfen nach dem „Volkshaus“, Zeilstr. 32, verzeichnet.

Vom Berliner und Magdeburger Bahnhof. Straßenbahnlinie Richtung Connewitz: Rote Wagen mit Abzeichen „1“ bis Haltestelle Sophienstraße.

Vom Dresdener und Thüringer Bahnhof. Straßenbahnlinie Richtung Connewitz: Blaue Wagen mit Abzeichen „M“ bis Haltestelle Braustrasse.

Vom Eilenburger Bahnhof. Straßenbahnlinie Richtung Connewitz: Rote Wagen mit Abzeichen „7“ bis Haltestelle Sophienstraße.

Vom Bayerischen Bahnhof. Fahrt nicht nötig, da das „Volkshaus“ in 8 Minuten zu Fuß zu erreichen ist. Weg durch Albertstraße-Zeilstrasse.

Das Lokalkomitee für die Drechslerkonferenz. Eventuelle Anfragen sind zu richten an das Verbandsbureau, Zeilstr. 32.

An die Drechsler des Gau Hannover.

Werte Kollegen! Auf Beschluß einer Versammlung sollen alle diejenigen Orte, die keinen Delegierten zur Konferenz entsenden können, der unterzeichneten Sektionsleitung einen kurzen Situationsbericht über die örtlichen Verhältnisse einreichen. Wir ersuchen die Kollegen in allen Orten, unserer Aufforderung nachzukommen. Es ist unbedingt notwendig, daß über jeden Ort auf der Konferenz berichtet werden kann. Zur jeder seine Pflicht, damit durch die Abhaltung der Konferenz auf eine bessere Zeit gerechnet werden kann.

Die Sektionsleitung der Drechsler aller Branchen. J. A. Fritz Liebing, Hannover, Engelbolselerdamm 7a II.

Literarisches.

Ein Verzeichnis empfehlenswerter Jugendschriften für Weihnachten 1907 ist vom Bildungsausschuß der sozialdemokratischen Partei Deutschlands herausgegeben worden. (Berlin SW. 68, Lindenstraße 5: Heinrich Schulz.) Wir können allen Kollegen nur dringend raten, sich dieses Verzeichnis kommen zu lassen und soweit Bedarf und Anschaffungsmöglichkeit vorhanden ist, aus diesem Verzeichnis ihre Auswahl zu treffen.

Die Reichstagswahlen des Jahres 1907 und die politische Lage. Rede Bebel's auf dem Essener Parteitag. Preis 20 Pf. Verlag der Buchhandlung Vorwärts, Berlin. Bebelörterte in seiner Rede die Ursachen der „Niederlage“ unserer Partei; er besprach die Folgen und zeichnete in allgemeinen Umrissen die Lehren und Aufgaben, die der Arbeiterklasse daraus erwachsen sind.

Meyers Bibliothek der ausländischen Klassiker. So viele Literaturen man kennt, so viele Völker kennt man. Dieser gehaltvolle Ausspruch Karls V. wird in unvergänglichen Wert fortbestehen. Nicht reiner und erkennbarer tritt uns das Geistes- und Kulturleben der Völker entgegen, als in den Werken ihrer Literatur. Nirgends bietet sich uns ein besserer Maßstab für die Beurteilung des innersten Charakters, der Gemütsstärke und des Geistesfluges der Nationen, als in ihren Schriften. Diese studieren, heißt aus dem Vorn der Weltweisheit schöpfen. Die berühmtesten Leistungen der außerdeutschen Schriftsteller finden sich in musterhaftiger Übersetzung vereinigt in Meyers Bibliothek der ausländischen Klassiker (Verlag des Bibliographischen Instituts in Leipzig und Wien). Hier sind die Engländer und Skandinavier, die Franzosen, Italiener und Spanier, die Autoren des klassischen Altertums und des Orients in wohlüberlegter Auswahl versammelt. Die stets in Form und Vermaß des Originals hergestellten Übersetzungen rühren von hochangesehenen Autoren her, deren Namen allein für die Trefflichkeit der Ausführung bürgen; wir nennen nur: Adolf Strodtmann, Karl Bartsch, Wilhelm Herzberg, Heinrich Viehoff, Franz Dingeldey, Wilhelm Jordan, Karl Simrock, Robert Gamerting, Edmund Kobebanz, Robert Prug, Levin Schücking und andere. Dabei sind hier, ähnlich wie bei Meyers Ausgaben der deutschen Klassiker, trefflich unterrichtende biographisch-ästhetische Einleitungen beigefügt, durch die der Leser auf das Beste in den Geist des betreffenden Schriftstellers eingeführt und über dessen Lebensschicksale belehrt wird. Auf eine würdige Ausstattung dieser Werke ist sorgfältig Bedacht genommen worden; der Preis ist so wohlfeil, daß auch dem Unbemittelten gute Gelegenheiten geboten ist, sich des Besten der wichtigsten Schätze der Weltliteratur zu erfreuen. — Ausführliche Verzeichnisse können kostenfrei durch jede Buchhandlung oder auch von der Verlagshandlung direkt bezogen werden.

Briefkasten.

In Rücksicht auf das Weihnachts- respektive Neujahresfest müssen die beiden nächsten Nummern der „Holzarbeiter-Zeitung“ zeitig als fertig abgeschlossen werden. Für die Nr. 52 ist deshalb schon am 21. Dezember nachmittags, für die Nr. 1 des nächsten Jahrgangs schon am 28. Dezember nachmittags Redaktionsstillsitz.

Arbeitslosigkeit im Monat November 1907.

Table with columns for Gau, Arbeitslose Mitglieder am Orte, Arbeitslose auf der Reise, and various statistics for November 1907 and previous months.

